

Sattler-Zeitung

Nr. 20.

Berlin, den 25. September 1908.

22. Jahrg.

Erscheint alle 11 Tage Freitags.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen pro
Vierteljahr 60 Pfennig.

Verlag und Redaktion:
Peter Blum, Berlin So., Adalbertstraße 56.
Telephon: Amt IV, 2120.

Zuerst die geipastene Zeit-Zeile 30 Pf.
bei Wiederholungen bedeutende Erhöhung.

Inhalt: Streitholzen. — Nürnberg. — Die eigenartigen Anpassungen der Parasiten an ihre Lebensweise. — Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907. — Der englische Trade Unions Kongr. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Berne. — Aus anderen Organisationen. — Randsau. — Korrespondenzen. — Sterbetafel. — Bekanntmachungen der Hauptverwaltung. — Bücherbau. — Adressänderungen. — Anzeigen.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse erachtet, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Wegen Nichtanerkennung der tariflichen Abmachungen ist die Firma Malchow & Otto, Kofferfabrik, Alte Jakobstr. 6, für Koffermacher gesperrt.

Bei der Firma David Scheier, Ritterstraße, haben die Kollegen wegen Lohnabzüge von 10 Proz. die Arbeit eingestellt. Die Firma ist streng zu meiden.

Nürnberg. In der Militärfestensfabrik Schwarzenberger stehen die Kollegen noch im Streit.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Karlsbad. Die Werkstatt Höfmann ist streng zu meiden. Desgleichen ist Brünn, Wien, Klagenfurt und Teply streng zu meiden. — Die Firma Molletschek und Gorinpp in Graz sind gesperrt. — Die Budapester Täschner-Werkstätten sind gesperrt.

Frankreich.

Paris. Die Reiseartelschafftler stehen im Ausstand. Über die Firma Chausse ist die Sperre verhängt. Der Streit bei der Firma Girard dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

Nürnberg.

Der soeben verflossene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie eignet sich zur Beispieldnung in einem Gewerkschaftsblatt recht wenig. Dieses Gefühl haben schon vor dem Parteitag in den Redaktionsstuben der Gewerkschaftspresse eingezogen zu sein. Die allerwenigsten Zeitungen haben sich zu den Aussichten der Nürnberger Tagung ausgesprochen, und die es wirklich vertrachten, sind um den stärksten Punkt vorsichtig herumgegangen. Und auch mit Recht. Nicht, daß man den leitenden Personen Mangel an Initiative und Mut vorwerfen könnte. Das zumeist vorsichtige Schweigen geschah aus dem Grunde, weil die dort zur Verhandlung stehenden Streitfragen zu folgenschweren Entscheidungen kommen könnten und die Gefahr einer Übertragung in die gewerkschaftlichen Organisationen sehr nahe lag. Welcher Gewerkschaftsleiter wird einen Unterschied machen zwischen seinen süddeutschen und seinen norddeutschen Mitgliedern? Verbindet uns nicht alle ein Ziel, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage aller Vertragsgenossen? Wir kennen keine besonderen süddeutschen noch norddeutschen Kollegen, noch besondere Interessen der einzelnen Landsmannschaften. Weil die Dinge so liegen, deshalb hatten und haben wir auch jetzt

keine Veranlassung, uns allzuweit in diese Dinge einzulassen. Als Gewerkschaftsleiter, der täglich mit den realen Kräften unserer wirtschaftlichen Entwicklung rechnen muß, der nicht mit der Partei als dem Prinzip arbeitet, können wir sonst allzuteich unseren Genossen Richard Fischer folgen, als er sagte: „Welt dem Herzen fühle ich bauerisch.“

Aus diesem Grunde hätten wir es auch lieber gesehen, daß man den eindringlichen Ermahnnungen unseres Genossen Huo gefolgt wäre. Die Annahme der Resolution Frohme war die goldene Mittelbrücke, die zu betreten sich niemand zu genieren brauchte. Auf dieser Grundlage hätte man in die dargebotene Hand der Süddeutschen einladigen sollen. Die starke Minderheit, die hinter dieser Resolution stand, gibt jedermann Grund zu allen Bejurtheilungen. Zu die Materie selbst wollen wir uns nicht einlassen, weil ein Gewerkschaftsblatt gerade in solchen Sachen eine abwartende Haltung einzunehmen muß. Für die Beurteilung der Frage der Budgetbilligung wollen wir hier nur eine bürgerliche Anschauung wiedergeben, die, wenn sie auch von der „Arbeitgeberzeitung“ aus kommt, nicht in ganz von der Hand gewiesen werden kann. Das betreffende Organ schrieb zum Parteitag folgendes:

„Vielleicht ist die Tugend der süddeutschen Genossen nicht minder gefährlich, als diejenige der in Deutschland agitierenden Atomiten. Aber es ist möglich, hierüber irgend eine Überlegung anzustellen, denn der sozialistische Kern ist nördlich wie südlid der Mainlinie ganz die gleiche. Wahrscheinlich, es macht keinen Unterschied aus, ob jemand mein Haus dadurch vernichtet will, daß er von außen mit dem Säurebad dagegen aufschlägt, oder ob er sich bei mir einmietet, um die Vorteile einer bequemen Wohnung noch mitzunehmen, so lange das Haus steht, aber diese Zwischenzeit ebenso wie sein drausziehender Genosse dazu benutzt, um das Fundament von innen zu löschen und die Wände anzuhören. Die Methode ist eine andere, aber der Zweck ist der gleiche. . . .“

Die großzügige Devotie über die Frage der Budgetbilligung in den süddeutschen Landtagen war nicht ganz frei von unangenehmen Zwischenfällen, verurteilt auf beiden Seiten. Die Wiederabstrophe der Resolution erübrigte sich an dieser Stelle, sie ist eine Bestätigung der jetzt noch geltenden Mehrheitsanschauung, die in Lübeck und Dresden schon bereits festgelegt wurde.

Wir übergeben in Verücksichtigung der ausführlichen Berichterstattung der Parteipresse den Vorstandbericht und die damit zusammenhängende Diskussion. Von größerem Werte ist für die Gewerkschaften die Behandlung der Maifeierfrage. Allerdings ist das nicht erreicht worden, was der Parteivorstand in Verbindung mit der Generalkommission ausgearbeitet hatte, denn auch der Gewerkschaftskongress in Hamburg fast einstimmig zustimmt. Genosse R. Fischer-Berlin leistete vorgängiges, um die sogenannten Vereinbarungen durchzubringen. Besonders sympathisch wurde er uns in seinem Schlusssrede, wo er unter anderem folgendes ausführte:

„Seit zwanzig Jahren ist die Partei nahezu einstimmig der Meinung, daß die würdigste Feier die Arbeitsruhe sei, daß sie aber nur durchgeführt werden könne, wo es ohne Schädigung der Arbeiterklasse möglich sei. Und nun wird hier so operiert, als ob die ganze Abmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission ein Vertrag an dem Grundsatz der Arbeitsruhe wäre. Wenn

man den Gedanken der Maifeier, die Propaganda-fähigkeit dieses Gedankens, hätte idäudigen wollen, so hätte man es verlaufen nicht anders tun können, als durch diese absolut verantwortungslosen Redensarten, wie wir sie heute gehört haben. Durch die Unterstzung soll die Maifeier erworben werden. Das kann nur jemand sagen, der vom Betrieb der Gewerkschaften keine Ahnung hat. (Lebhafte Zustimmung.) Lebhaftes Zuhörerat und die Kampfe darüber gegangen, ob der Kampfcharakter der Gewerkschaften unter dem Unterstzungsbalkon leide; wir haben aber die Erfahrung für uns: In dem Augenblick sind die Gewerkschaften offiziellfähig, unabhängig geworden, wo sie das Unterstützungswohl ausgebildet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Als es den Gewerkschaften gelungen war, es zu hohen Beiträgen zu bringen, von der Stunde an därfert der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung ebenbürtig geworden. (Sehr richtig!) Ich verstehe wirklich nicht, daß man diese Dinge, die man sich eigentlich an den Schulsohlen hätte ablaufen lassen sollte (Sehr wahr), heute wieder so eingehend erörtert hat. Da, wenn, wenn — ich will das bekannte Sprichwort nicht zitieren — aber wenn man sagt, wenn die Maifeier so gefeiert wird, daß keine Maifeierregelung stattfinden kann, dann deuten auch die Unternehmungen nicht mehr an Maifeierungen, so ist das ebenso geistreich, als wenn man sagen würde, es gibt keine Armen mehr, wenn jeder ein Millionär ist, oder, wie der alte Protag sagt: Die verfluchte Armut kommt von der Weisheit. (Große Weitheit und Sehr gut!) Das sind selbstverständlich Sätze, die nur dadurch einen Glanz bekommen, daß sie hier mit schöner Rehorit vorgetragen werden. Wenn man sie aber prüft, so bleibt nur eine Wolle übrig und weiter nichts. (Weitheit und Sehr gut!)

Trotz dieser Ausführungen war der Parteitag nicht von der Möglichkeit der Vereinbarungen zu überzeugen und wurden die wichtigsten Sätze derselben gestrichen. Die jetzt bestehenden Abmachungen dürften nicht geeignet sein, eine Regelung der Maifeierfrage herbeizuführen. Wir befürchten, daß wir auf dem nächsten Parteitag dieselben Sätzen hören werden. Für die Schwierigkeit der Materie zeugt schon, daß die Instanzen der Partei und Gewerkschaften, als sie sich im Auftrage des Hamburger Kongresses erneut an die Aufgabe machten, einen Ausweg zu finden, zu keinen anderen Vorschlägen gekommen sind. Die Resolution in diesem Punkte lautet jetzt:

„Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten möglichst zu Beginn des Jahres eine Kommission einzuführen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsamt und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmten. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitags für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.“

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperzung Lohnforderungen, so haben sie die Unterstzung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.“

Ein Punkt, der eigentlich im Vordertreffen des Parteitages gestanden hätte, wenn die unglückliche Budgetfrage nicht gewesen wäre, wir meinen die Frage der Jugendorganisa-

iationen, wurde debattetlos abgetan. Wir bedauern, daß schon auf einer Reihe von Parteitagen die Überlautung eine derartige war, daß die wichtigsten Punkte in der stimmungsfreudigen Weise behandelt wurden. Ob dieses im Interesse der Partei liegt, glauben wir bezweifeln zu müssen. Eine Debatte über die Jugendorganisation ist sicher erwartet worden. Auch in der Sitzung derselbe wie bei den Maifeierfeiern. Die Vereinbarungen des Parteivorstandes und der Generalversammlung würden durch eine neue Resolution erlegt, welche eine bevorstehende Kommission des Parteitages in Vorbericht brachte. Über den Wert der Resolution läßt ich heute noch kein abschließendes Urteil abgeben. Es ist aber mehr als fraglich, ob solche Vorgänge und Beschlüsse, wie sie die letzte Konferenz der jugendlichen Arbeiter führte, in Zukunft verhindert werden. Ob der Parteitag Stellung nehmen konnte, sollte man selbständig einen Reichärtsherrn an und gab sich ein neues Statut. Zu mindesten wäre es allerdings, daß diese Jugendorganisationen bald in das richtige Rahmen eingebracht würden, im Interesse der gewerkschaftlichen als auch der politischen Arbeitersbewegung. Die angenommene Kommissionssatzung lautet folgendermaßen:

Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeitersinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emancipationskampf der Arbeiterschaft.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erkenntnisvermögen der Jugend angepaßt sind. Daneben sind durch Veranstaltungen ernste und heitere Fahrtage, sowie durch Sport und Spiel und Unterhaltung die Geselligkeit zu pflegen. Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisation und der Gewerkschaftsräte unter Hinzuziehung von Beauftragten spezieller der jugendlichen Arbeiter und Arbeitersinnen zusammengesetzt. Der Kommission soll mindestens eine Genossin angehören.

Die Teilnahme an den Vorträgen und — so weit es möglich ist — auch an den Veranstaltungen ist unumgänglich.

Die Kommissionen sollen darin wirken, daß die Gewerkschaftsräte für den Lehrlingsabschluß eintreten. Der Parteitag befürwortet den Parteivorstand mit der Herausgabe eines Programms zur Ausbildung der jugendlichen Arbeiter und Arbeitersinnen. Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.

Deklaration. Diese Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitische Charaktere, die unter Mitwirkung Erwachsener ihre Bewaltung selbst führen, nichts im Wege steht.

Auch für die praktischen Ausführungen Moltkenbuhrs hatte der Parteitag wenig Zeit übrig. Die Sozialpolitik und der neue Kurs, so lautete das Thema, hatte bereits eine eingehende Begründung auf-

Die eigenartigen Anpassungen der Parasiten an ihre Lebensweise.

Von M. H. Baede.

(Nachdruck verboten.)

Als Parasiten bezeichnet man solche Lebewesen, die bei einem anderen lebenden Organismus Nahrung und Wohnung finden. Nach dieser Definition gibt es natürlich auch unter den Pflanzen Parasiten, und zwar solche, deren Wirt wiederum Pflanzen sind, als auch solche, die in Tieren schmarotzen. Wir wollen uns aber hier nur mit den tierischen Parasiten befassen.

Erschwer ist die parasitische Lebensweise eine sehr schwere. Tief im warmen Innern des Wirtswohnend, ist der Schmarotzer den Klimaunterschieden nicht zu entziehen. Endlich schweigt er in einem Nahrungsüberfluß, der ihm oft sogar in schon verdauter Form zugeschoben wird. Das ist z. B. bei den Darmschmarotzern der Fall, die von einem steifen Nahrungsstrom umströmt, häufig sogar ihren Darm verloren haben, da die Nahrung vom Wirt direkt durch ihre Körperwand durchströmen und aufgenommen werden kann, ohne erst besondere Veränderungen im Innern der Parasiten durchmachen zu müssen.

dem Hamburger Gewerkschaftstagtag durch denselben Referenten gefunden. Der Name Moltkenbühr birgt uns schon für eine gute Verhandlung dieser Materie, und geben wir hier nur die Resolution wieder, die dem Gedankeninhalte des Referenten entspricht. Dieselbe lautet:

„Die zweiteiige Entwicklung der Industrie führt zu beschleunigter Konzentration des Kapitals, die in den Städten und Landstädten eine hohe Arbeitslosigkeit verursacht hat. Die Städte, in denen soziale und soziale, die zur Erwerbsbildung führen, sind nötigste Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.“

Durch die Massenbildung und die Gründung von Gewerkschaftsverbänden und jene Unternehmensorganisationen geschieht, die ihre Spur gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und betrachten nur, die Interessen und Ansprüche, die die Arbeiter zu erfüllen trachten, und die Angestellten müssen.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Rolle sozialpolitischer Aktion getragen haben, deren Inhalt sie aus früheren Sozialdemokratien gestellten Ansprüchen entnommen haben, werden die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Ansprüchen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuen Entwicklungen zur Gewerkschaftsrecht und Arbeitszeitgesetz offen bekannt, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Prinzipien des Zentralverbandes deutscher Industrieller entspricht.

Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendig sein, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und materielle Sicherheit und Kompatibilität zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seine Berufe angehört. Ebensowenig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur Erfüllung Durchführung der im letzten Abgeordnetenmeets der Parteiprogramms sowie der in der Münchner Resolution über die Arbeiterversicherung festgestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeitersrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schutz der staatsbürglichen Rechte, Freiheit, Meinungsfreiheit, Wahlrecht usw., gegen Aufgriffe durch Gewerbevereine, Verbote der Konkurrenz, Personalvereinigungen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu binden gerichtet sind.
3. Sicherung des genügenden Eigentums an Errungenschaften und Entdeckungen.
4. Gleichheit der Rechte für eingesetzte Wohlfahrtseinrichtungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der zu gestellten und Arbeiter an den gezeigten Beträgen sichergestellt wird.“

Zu den Intentionen einer politischen Partei wie der der Sozialdemokratie gehört es sicherlich, daß die Politik der Regierung einer scharfen kritik unterzogen wird. Ob dieses in Rahmen eines Referates möglich ist, wollen wir nicht untersuchen. Bedenkt, daß ebenfalls hätte die Partei

einen größeren Nutzen davon gehabt, wenn einem solchen Referente, wie das des Genossen Werner Leipzig, eine lebhafte Diskussion gefolgt wäre. Am letzten Augenblick ein Referat über die Reichssteuerreform, ein Werkzeug der praktischen Tätigkeiten unserer Parlamentarier, ausführen, halten wir für verfehlt. Es ist zwar selbstverständlich, daß die deutsche Arbeiterschaft dem in der Revolution ausgebrechenden Protest einmütig ihre Zustimmung gibt. Werde in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Depression in die Arbeiterschaft doppelt empfänglich für derartige Stundgebungen, daher unser Wunsch, für solche praktische Agitation einen breiteren Rahmen zu gewinnen.

Übergehen wir die anderen an sich noch wichtigen Gesetze, so in bezug auf die Einheitlichkeit der Organisation der Frauen und Männer, ferner den Wahlrecht mit den Volksstimmen, den man in Eisen schon hätte ausführen können, und dergleichen andere Dinge, so läßt sich am Augenblick dieser Niederschrift noch kein endgültiges Urteil über die Wirkungen des Parteitages in Nürnberg abgeben. Es steht noch alles zu sehr unter der Depressions der Debatte und Beschlüsse in der Endabstimmung. Die Erklärung des Genossen Seelbach nach Schluss der Abstimmung, nebst der Abstimmung selbst, ist lautlos zu Protokoll gegangen. Wir fühlen uns so recht in diesen Augenblick hineingeraten, wenn wir sagen, daß sich wohl niemand in dieser frithlichen Situation als den Sieger oder Verlieren oder, um mit dem Parteitag zu sprechen, als den Herrscher oder Beherrschten betrachtet. Eine klaffende Unmöglichkeit, das ist der Realität, den wir am Schluss dieser Tagung in uns verpüren. Diese Empfindung wird jedoch mehr von dem Parteigenossen als dem Gewerkschaftler empfunden. Für uns kann es kein Ungemiss geben. Das Unternehmertum, die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren Begleiterheilungen, die sich momentan gegenüber so scharrt äußern, fordern dafür, daß wir uns der Sorgen der letzten Tage recht bald entledigen. Tropismus darf hier gezeigt werden, daß die deutsche Arbeiterschaft sich das 10-jährige Wiederaufleben der deutschen Sozialdemokratie etwas anders gedacht hat. Ein Verlangen, ein zweites Nürnberg zu erleben, dürfte trotz aller Möglichkeit in den Ausschreibungen nicht bestehen. Dieses dürfte wohl der einzige reale Anfang der augenblicklichen Stimmung sein, doch es ist nicht der idealeste.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

II.

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die günstige Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften hat auch im Berichtsjahr angehalten. Die Gesamteinnahmen liegen seit 1906 von 41 602 939 M. auf 51 396 784 M. oder von 24,62 M. auf 27,55 M. pro Kopf der Mitglieder, die Ge-

rend andererseits die zu den Luftmatrosen und Spinnen gehörigen Parasiten im allgemeinen nur an Vaudieren zu finden sind. Die Vaudieren der Spinnwirmer ärmeln durch die Haut, und diese Luftaufnahme haben auch ihre Nachkommen beibehalten und können es, weil sie stets von den tierstoffhaltigen Tieren ihrer Wirtes umspülzt werden. Ihrer Atmungsweise ist es auch zuzuordnen, daß sie sowohl bei Vauden wie bei Wasservögeln vorkommen und demnach die häufigsten und verbreitetsten aller Parasiten sind. Nebenwegen ist der Parasitismus bei manchen Insekten und Spinnen so weit vorgedrungen, daß die Atmungsorgane davon beeinflusst sind. So hat z. B. ein in den Nasenlöchern von Hunden lebender, äußerlich äußerordentlich einem Bandwurm ähnelnder Parasit, der aber tatsächlich zu den Spinnen gehört, die den Spinnen eigenständig Atmungsweise verloren und armet nach Art der Würmer durch die Haut.

Während wir nun gelesen haben, daß die Natur des Parasitismus eine Vereinfachung vieler Organe mit sich bringt, finden wir andere Organe bei den Schmarotzern um so komplizierter ausgebildet. Es sind dies die Geschlechtsorgane. Zunächst ist es den Parasiten leicht möglich, für die eine große Menge der Nahrung zu verwenden. Geben ihm doch so viele Organe, die bei anderen Tieren ein großes Nahrungsquantum beanspruchen. So sehen wir denn auch in der Tat, daß bei den Parasiten die

summausgabe von 36963 413 Mark auf 43 122 519 M., oder von 21,88 M. auf 23,12 M. pro Kopf und die Vermögensbestände von 25 312 634 M. auf 33 242 545 M. oder von 14,98 M. auf 17,82 M. pro Kopf der Mitglieder. Auch dieses erfreuliche Bild konnte nur das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung sein, die auch heute noch ohne Unterbrechung fortsetzt. Denn die Summen der einzelnen Gewerkschaften sind noch immer sehr verschieden; die Einnahmen schwanken zwischen 63,13 M. pro Kopf der Mitglieder (Lithographen und Steindrucker) und 10,52 M. pro Kopf (Schirmmacher), die Ausgaben zwischen 82,17 M. pro Kopf (Metzgerarbeiter) und 5,69 M. (Schirmmacher) und die Vermögensbestände zwischen 185,24 M. (Kornmühler) und 1,86 M. (Handlungsgesellen). Je mehr die in ihren Leistungen noch zurückstehenden Organisationen ihre Finanzlage trüffeln, desto mehr hebt sich die Gesamtlage der Gewerkschaften. So sind die Einnahmen seit 1891 von 6,65 M. auf 27,55 M. die Ausgaben von 9,62 M. auf 23,12 M. und die Vermögensbestände von 2,56 M. auf 17,82 M. pro Kopf der Mitglieder gestiegen.

Was nun zunächst die **Einnahmen der Gewerkschaften** anlangt, so hatten 10 Verbände über eine Million (bis 11½ Millionen) Mark Zehnereinnahmen, 7 hatten 500 000 bis 1 Million Mark und 12 hatten 250 000 bis 500 000 M. Einnahmen, ferner 12 Verbände 100–250 000 M., 7 Verbände 50–100 000 M., 8 Verbände 20–50 000 M., fünf Verbände 10–20 000 M. und 2 Verbände unter 10 000 M. Einnahmen. Pro Kopf berechnet, verzeichnen die höchsten Einnahmen die Lithographen (63,13 M.), die niedrigsten die Schirmmacher (10,52 M.). Es sind dies die Gesamteinnahmen einschl. der mitunter recht hohen Extrabeiträge.

Die Jahresausgaben der Gewerkschaften, die von 36 963 413 M. (1891) auf 43 122 519 M. ausgewachsen sind, stehen unter dem Einfluss einer gewaltig gesetzten Arbeitslosigkeitssituation. Richten die Gewerkschaften allein für Reise- und Arbeitslosenunterstützung mehr als das Doppelte des Vorjahrs, 7,4 Millionen statt 3,4 Millionen Mark aufwenden, während die Ausgaben für Streifunterstützung sich von 13,7 Millionen auf 13,2 Millionen Mark verminderten. Auf die einzelnen Tätigkeitszweige entfielen im Berichtsjahr folgende Ausgaben:

	Organisationen	M.
Verbändesamt	63	1 878 392
Agitation	64	2 271 271
Streiks im Betrieb	56	12 091 821
Streiks in anderen Berufen	54	201 512
Rechtschts	55	316 773
Vermögensregeltenunterstützung	47	1 010 015
Reiseunterstützung	44	809 118
Arbeitslosenunterstützung	43	6 527 577
Arbeitsunterstützung	48	3 482 822
Anwaltsunterstützung	8	384 562
Rechts in Streitfällen	48	642 385
Rechts in Körallen	45	467 707
Umzugskosten	39	275 716
Stellenvermittlung	18	52 837
Bibliotheken	25	276 588
Unterrichtsfürrie	32	43 195
Statistiken	19	61 315
Sonstige Zwecke	58	3 187 093
Konferenzen und Generalversammlungen	57	418 737
Beitrag an die Generalkommision	55	240 164

Geschlechtsorgane um so mehr wachsen, je vollkommen er ihr Parasitismus ist.

Es ist aber bei den Parasiten nicht nur die Möglichkeit vorhanden, die Fortpflanzungsorgane gewaltig auszubilden, sondern die Fortpflanzung bringt sie dazu. Denn so leicht es dem Schmarotzer gemacht ist, sich selbst zu erhalten, so schwer muss es ihm fallen, auch die Erhaltung seiner Art sicherzustellen. Gelt der Träger eines Parasiten, besonders eines lebenspendenden oder innerlichen, zugrunde, so muss meistens auch der Schmarotzer sterben. Deswegen müssen die Eier desselben immer wieder in neue Tiere gebracht werden. In welcher oft recht verquirlten Weise das geschieht, das können wir besonders gut am Bandwurm studieren. Die befiedeten Eier des Bandwurms gelangen nämlich aus dem Darm, worin der Bandwurm lebt, auf die Erde und bleiben hier oft an Pflanzen und anderen geeigneten Dingen haften. Pflanzenfresser, wie die Kinder und Schafe, Allesfresser, wie die Schweine, verzehren sie hier beim Grasen und Fressen. Im Magen dieser Tiere entwinden sich die Eier zu kleinen, zugendformen sogenannten Larven, die in die Magenwand der betreffenden Tiere eindringen und auch in die Adern hineingezogen werden. Durch den Blutstrom werden diese Larven so lange im Körper herumgetrieben, bis sie in einem für sie zu engen Blutaderchen stecken bleiben. Hier wachsen sie zu den sogenannten Flimmen aus,

	Organisation	M.
Beitrag an internationale Vereinigungen	21	52 192
Beitrag an Berichte und Zeitschriften	38	574 069
Projektkosten	21	31 431
Verwaltungskosten, verhältnisse	63	691 763
Vertretungskosten	63	780 308

Wie in früheren Jahren, so steht auch diesesmal der Aufwand für Streiks und Ausprägungen an erster Stelle. Das entspricht daraus dem Wesen unserer Gewerkschaften, deren vornehmste Aufgabe der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen ist. Während dieser Zeit haben wir für Streikunterstützung wie bereits erwähnt, von 1901 von 14 745 412 M. auf 14 396 303 M. zurückgegangen, wogegen sich der Auslandskampf für andere Unternehmungen von 10 967 279 M. auf 15 885 127 M. Die weitumspektive Zukunft trifft die Arbeitslosenunterstützung, die 1906 nur 2 653 206 M. (1907 dagegen 6 527 577 M. Ausgaben erforderte, ein Mehr von 3 874 281 M.). In dieser immensen Steigerung spiegelt sich nicht allein die ungünstige Lage des Arbeitmarktes wider, unter der die Gewerkschaften und ihre Mitgliedschaften zu leiden hatten, sondern zugleich auch die hohe Preisdramatik der Gewerkschaften für das öffentliche Wohl. Längst wäre es Aufgabe des Staates gewesen, den Gewerkschaften die Last der Arbeitslosenunterstützung, an der doch die Arbeitnehmer sich die allergeringste Schulden tragen, dadurch zu erleichtern, dass es ihnen nach dem Prinzip von Frankreich, Dänemark und Norwegen ein Beihilfengesetz gab. Dadurch würden auch die Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenunterstützung bisher noch nicht einführen konnten, in die Lage versetzt, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Es ist bejähnenswert, dass das Reich angibt, wie die organisierte Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr einen mühsamen und erstaunlichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führt, der für die Arbeiter etwas an dem als behördliche Säulen übrig zu haben. Auch für Streikunterstützung haben die Gewerkschaften gewaltige Summen aufgewandt; 3 482 822 M. wurden für diesen Zweck verausgabt.

Zu den 17 Jahren seit Führung der gewerkschaftlichen Statistik 1891 (1907) sind nicht weniger als 117,6 Millionen Mark für Unterstützungsmaßnahmen ausgegeben worden, wovon 60 Millionen Mark für Streikunterstützung, rund 5,6 Millionen Mark auf andere Unternehmungen, rund 50 Millionen auf andere Gewerkschaften sind verteilt.

Zur Bildungsmaßnahmen bringen die Gewerkschaften ebenfalls bedeutende Spenden. Die Verbandszeitschriften erforderten im Jahre 1907 1 878 392 M., Bibliotheken 276 588 M. und Unterrichtsfürrie 43 195 Mark, insgesamt 2 198 175 Mark Ausgaben. Seit 1891 folgte die Unterhaltung der Verbandszeitungen den Gewerkschaften nicht weniger als 12 360 719 M. Diese Leistungen helfen das mobilitätige und verstreute Wirken der deutschen Gewerkschaften außer jedem Zweifel, und es gehört zu den idenitären Mittelnmittel der deutschen Arbeiterschaft, dass sie allen politischen, gesetzlichen und großindustriellen Verfolgungen zum Trotz, sich in ihren Gewerkschaften ein solches Mutterland geschaffen hat.

Die **Vermögensbestände** der Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die Höhe von 33 242 545 M. erreicht. Davon entfallen 6 262 000 M. auf die Steindrucker, 5 608 906 M. auf die Maurer, 4 791 098 Mark auf die Metallarbeiter, 2 712 300 M. auf die Bergarbeiter, 2 013 720 M. auf die Bergarbeiter, 1 610 292 M. auf die Zimmerer und 1 911 648 M. auf die Fabrikarbeiter. Von den übrigen Verbänden hatten 5 ein Vermögen von 500 000 bis 1 Million

Mark, 5 ein solches von 250 000 bis 500 000 M. und 15 ein solches von 100 000 bis 250 000 M., die anderen blieben hinter 100 000 M. zurück. Für die Entwicklung der Widerstandskraft einer Gewerkschaft kommt freilich nicht die absolute Höhe des Verbandsvermögens allein in Betracht, sondern auch die Aufgaben, für deren Erfüllung dieses Vermögen ausgenutzt; ist mit der auf das einzelne Mitglied durchschnittlich entfallende Betrag. Außerdem bietet ein hoher Standortbetrag viel eher Gewähr, schwierige Situationen erfolgreich zu überwinden, weshalb die Ansammlung eines hohen Widerstandskredits eine der besten Kompetenzen der Gewerkschaften ist und bleibt. Pro Kopf berechnet schwanken die Vermögensbestände zwischen 1,86 M. (Handlungsgesellen) und 185,24 M. (Kornmühler). Anders gestaltet der Verbindungsstand um Jahresende sein allgemeines Urteil über die Finanzkraft einer Organisation, weil oft zu unterschiedlichen, größeren Rämpfen u. a. die Parteien plötzlich verringern, während wenige Wochen später wieder höhere Ränge vorliegen.

Auf dem Gebiete des Unterstützungsmaßnahmen befindet die Einrichtung der Kranken-, bzw. der Arbeitslosenunterstützung doch nichts gemeinsam.

Im Berichtsjahr wurden nun eingeführt: Die Gemeinschaftserziehung in einem Verband (Brauer), die Arbeitslosenunterstützung in einem «Gemeindearbeiter», die Krankenunterstützung in sieben (Bauhofsarbeiter, Gemeindearbeiter, Handelskunden, Holzarbeiter, Superkundin, Reichsmünze, Schmiede) und Sammeln die der Sterbunterstützung in sechs Verbänden (Holzarbeiter, Photographen, Portefeuiller, Schmiede, Steinarbeiter und Textilarbeiter).

Die Ausgaben der einzelnen Gewerkschaften für Streikunterstützung schwanken zwischen 0,08 M. (Handlungsgesellen) und 23,91 M. (Holzschreiner), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 0,05 M. (Färberarbeiter) und 27,35 M. (Holzschreiner) und für Sterbunterstützung zwischen 20,76 M. (Mühlenarbeiter) und 0,06 M. (Bäckner).

Die **Invalidenunterstützung** kostete den Holzschreinern 21,51 M., dagegen den Handelskunden 0,14 M. pro Kopf der Mitglieder.

Einzeliges Verbandsorgan boten 60 von 61 Verbänden. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint eins wöchentlich dreimal, 33 erscheinen zweimal täglich, 13 zweitwöchentlich, 3 monatlich dreimal, 7 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Gesamtauslage aller Blätter belief im Berichtsjahr 2 977 643 (gegen 1 920 250 im Jahre 1906). Eine gewaltige Fülle von Auflösung, Erziehung und Bildung ist es, die die Gewerkschaftspresse Jahr für Jahr im Dienste der Arbeiterschaft leistet. Sie spannt die geistigen Näden zwischen Großstadt, Landstädten und Gebirgswild, und verbindet die entferntesten Gegenden des Reichs miteinander.

Internationale Beziehungen wurden im Jahre 1907 von 40 Verbänden gepflegt. Zu den bisher gepflegten Verbündungen kamen hinzug die Bäder, Fabrikarbeiter, Portefeuiller, Schiffszimmerer und Schuhmacher.

Der englische Trade-Unions-Kongress.

ac. Der 41. englische Gewerkschaftskongress hat die Woche in Nottingham getagt. Am Tage vor der Eröffnung und während der Tagung standen, wie üblich, eine Reihe Sonderkonferenzen und öffentliche Versammlungen statt. So hielten die Eisenbahner und die Bergleute Versammlungen ab, andere Konferenzen befassten sich mit der Unterrichtsfrage, der Frauenfrage, der Wohnungfrage usw.; auch die sozialistische Partei hielt mehrere Meetings ab.

Dorter ausgerüstet, und das erfordert wieder, dass im männlichen Körper Organe vorhanden sind, die diese Erfordernisse dem austretenden Ei mit auf den Weg geben. Zu den großen Eierstößen gehören sich also Dottieräse und Drüsen zur Schalenbildung und komplizierten so den Geschlechtsapparat ungeleitet.

Endlich finden wir auch sehr häufig in einem Parasiten beide Geschlechter vereinigt, und das Tier ist, wie man sagt, ein Spender. Und auch das ist leicht verständlich. Beide sind sich die Schmarotzer doch oft allein in ihrem Wirt, wie das z. B. bei dem Bandwurm heißt der Fall ist, und da muss das Tier Samen und Eier zugleich entwickeln, wenn es nicht unfruchtbare Ei will. Zudem kommt es auch vor, dass sich zwei oder mehr Bandwürmer in einem Wirt befinden, und noch mehr ist das bei anderen Parasiten der Fall. Damit ist die Möglichkeit zur Wechselbefruchtung gegeben. Das Zwitterium ist also bei den Parasiten eingeführt, damit nicht die Tiere, die einzeln einen Wirt bewohnen, zugrunde gehen, ohne für die Erhaltung ihrer Art gesorgt zu haben.

So sind die Parasiten in jeder Beziehung, sowohl im Bau des Körpers und seiner einzelnen Organe, wie auch in den Verrichtungen derselben voll und ganz ihrer sonderbaren Lebensweise angepaszt.

Den Vorsitz führte diesmal das bekannte Parlamentsmitglied (Arbeiterpartei) Shaderton. Er verhandelte in seiner Eröffnungsrede das Schantschab von dem er annahm, daß es bei den Lords auf Widerstand stoßen werde, die Unterstreichungen, die Mietersponnen nun. Am Schlüsse seiner Rede kam er auf das Verhältnis Englands zu Deutschland an sprachen. Er wendete sich gegen die Konsuln der dritten und jenseits des Kanals, welche hatten auch diese Unterstützung bei einigen bekannten vertrauenswürdigeren, aber in diesem Falle irrgeschickten Freunden des Sozialismus gefunden. Durch die Internationalen Kooperationsvereinigungen, durch die Gewerkschaften, und besonders die Internationalen Kongresse werde der Konsulnreden am meisten bestimmt. Die Meinung, als ob der Krieg das alleinige Mittel der Ausweiterziehung zwischen den Nationen bilden könne, verlieren immer mehr an Boden. Die Rede des Präsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Zahl der Delegierten, unter denen sich 7 Frauen befinden, beträgt 510, die zusammen 1700000 Mitglieder vertreten, welche der ersten Gegenstände, die zur Verhandlung kommen, in die Gründung einer Tageszeitung für die Arbeiterklasse. Nach dem Projekt eines hierzu geeigneten Komitees soll eine Genossenschaft mit besonderer Haftung gegründet werden, mit einem Kapital von zwei Millionen Mark. Das Blatt soll mit 1 Pfennig Abonnement auf Zeitungen und in England nicht übt, abgegeben werden und täglich 5 Seiten umfassen. Als Titel ist im Aussicht genommen "The Morning Herald". Bezeichnenderweise gab es über diesen Punkt fast gar keine Diskussion. Das Gründungskapital von zwei Millionen Mark müßten natürlich die Gewerkschaften aufzutragen. Das wäre zwar nach dem Stande ihrer Kräfte kein allzu großes Opfer, aber das Gros der englischen Arbeiter ist von der Notwendigkeit einer eigenen, nur ihre Interessen betreffende Presse noch nicht vollauf durchdrungen. Man ließ die Sache fallen, aber das Komitee wurde beauftragt, die Sache im Auge zu behalten und man wird auch mit Hilfe des Registeramts dafür sorgen, daß die Gewerkschaften sich ohne Wiederholung an einem solchen Unternehmen beteiligen.

Seddon brachte eine Resolution ein, in der die Vergabeung von Zeit und Geld bedauert wird, welche durch die Abhaltung dreier verschiedener Arbeiterkongresse entsteht. Das Komitee sollte den Aufruf erlassen, mit der Arbeiterpartei und mit der allgemeinen Federation der Gewerkschaften in Verbindung zu treten zwecks Verschmelzung dieser drei Kongresse. Dieser Antrag aber wurde abgelehnt. Die Heilsarmee war auf dem vorheri. Kongress bestätigt worden, daß sie in ihren Tissellwerken in Spitalfields nach dem Schwankungen arbeiten läßt. Dieser Vorwurf wurde aufrechterhalten; es wurde von verschiedenen Rednern betont, daß die Heilsarmee nicht bloß dort, sondern auch in anderen Betrieben durch Lieferung von Arbeiten, die bei niedrigen Löhnen hergestellt sind, die Gewerkschaftslöhne herabdrückt. Das Parlamentarische Komitee wurde beauftragt, eine nochmalige Untersuchung einzustellen.

Die Frage des Streitbruchs englischer Arbeiter brachten Sektion (Liverpool, Todm.) und Gavelod Wilson zur Sprache. Der Britische Trade-Unionismus ist entsetzt worden. Wo immer am Kontinent ein Streit ausbricht, läßt den Arbeiter befürchtet nach England, jebl. die beste Rekrutierungsboden für Blauleute." Sektion fordert den Kongress auf, sein stilles Bedauern darüber auszusprechen und vom Parlament die Ausdehnung des Wehrgegesetzes, wonach das Anwerben von Engländern für fremde Heere verboten ist, verlangt. Der Kongress stimmt dagegen zu.

Henderson behandelte das Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Trade-Unions. Die bürgerlichen Parteien und deren Presse in England beginnen nach denselben Regeln zu verfahren, wie ihre Freunde in Deutschland. Sie reden den Gewerkschaften vor, daß sich ganz in den Händen der Sozialisten befinden, daß dies gefährlich für sie werden könne nun. Henderson beharrte demgegenüber, daß dieser Versuch, die beiden Flügel der Arbeiterbewegung auseinander zu reißen, nicht gelingen werde, denn beide überzeugen sich immer mehr, daß sie zusammen gehören.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen diesjährigen Kongress das Problem der Arbeitslosigkeit und die Unterstreichung der Arbeitslosen durch Staatshilfe. Bei jedem Punkt der Tagesordnung kommt diese Frage immer mehr zum Durchbruch. Shaderton erklärte sich durch den Minister Gladstone autorisiert, dem Kongress mitzuteilen, daß demnächst eine Kommission eingesetzt werden würde, um diese Frage zu studieren. Die Diskussion über diesen Punkt wurde fortgesponnen, und dabei spielten auch die Vorstellungen in Glasgow eine Rolle. Die Art dieser Diskussionen und die geprägten Beschlüsse sind recht bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in den Kreisen der englischen Arbeiterschaft. Die gegenwärtige sehr schwere Krisis schafft ihren revolutionären Sinn. Peter Curran betonte, daß die Arbeitervertreter im Parlament keine Schuld treffe, wenn

es zu Hierarchia kommt. Bei jeder Gelegenheit sei die Regierung auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Problem der Arbeitslosenunterstützung endlich zu lösen. Am 7 Minuten habe das Parlament 1000 Millionen für Arme und Alte bewilligt, um eine noch jüngere Meinung inaugurierte Abstimmung zu verhindern. Den gleichen Standpunkt geht der Aufmarsch auf das "Meths am Arbeit" nicht weit genug; das sei lediglich ein Wahlkampfmittel. Das Problem werde nicht eher gelöst sein, als bis die Arbeiter die Kontrolle über die gesamten Produktionsmittel haben. Brüder Schubmacher, Nordbahnprom., unterbrechte eine Resolution, in der es heißt, daß der Kongress jede Fortschrittspartei, wie in Glasgow, willkommen heißt, weil sie geeignet seien, die bestehenden Klopfen mit Zurück zu erfüllen. Am anderen Teil wendet sie sich gegen die Arbeiterschaften, die im Parlament vielleicht einen so großen Wert darauf legen, als "Kreppfamilie" zu gelten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. Streit bei der Firma David Scheier, Ritterstr. 32. Ein gut Teil unserer Kollegen wird beim Lesen dieser Überschrift wohl daran erinnern, daß seinerzeit ein Kollege namens David Scheier in unseren Reihen war, der mir zu denen gehörte, die in der allertraditionellen Weise gegen das Unternehmertum zu Felde gezogen, und wird es demgemäß kaum glauben können, daß es sich hier um ein und dieselbe Person handelt. Unzweck ist es so; ja, wir können sogar hinzufügen, daß gerade die Firma Scheier sich eines solchen Ansehens bei den Berliner Kollegen erfreut, daß bei Arbeitsangeboten seitens dieser Firma stets ein vielseitiges Ladetum die Ablehnung unserer Kollegen begleitet und zwar aus dem Grunde, weil Differenzen entstehen, welche in Betriebsleistung in diesem Betriebe bilden. Bereits im Frühjahr d. J. batte ich eine lange Arbeitszeitstellung bei Scheier zu verzögern, weil nach meiner Meinung mein Kollege ebenfalls bei den Kollegen damals den vollen Erfolg ihrer Arbeitsleistung zu führen, waren wir mit der Einführung von Abordarbeiten einverstanden. Bei der Festlegung des Abordarbeitsvertrages wurde dann weiter vereinbart, daß Abänderungen nur unter Zustimmung der Schlichtungskommission erfolgen sollten und daß beim Aufzundesammen eines neuen Tarifes für die Gesamtbranche dieser auch für die Firma Scheier gelten sollte. Diese Vereinbarungen hat die Firma nicht umgekehrt. In ganz rassiniertter Weise wußte es Herr Scheier so einzurichten, daß die Vorarbeiten, die den Abordarbeitern geliefert werden müssen, nie fertiggestellt waren, wenn die Arbeit von den Kollegen gebraucht wurde. Wollte der Arbeiter nicht still sitzen, mußte er sich diese Arbeiten selbst machen. Eine Entschädigung dafür gab es nicht, im Gegenteil, diese Vorarbeiten wollte Herr Scheier als in den Abordtarif mit eingebrochen wissen. Trotz der Vereinbarung, Abänderungen des Abordarbeitsvertrages nur unter Zustimmung der Schlichtungskommission vorzunehmen, hat es Herr Scheier auf diese Art verstanden, die Preise beispielweise für Steigaschen um 50 Pf. bis 1 M. pro Tag aufzuhöhen. Als unsere Kommission dienterhalb vorstellig wurde, um auch zu gleicher Zeit die Erlangung des neuen Tarifvertrages zu verlangen, ließ sich Herr Scheier erst mal verleugnen. Als die Kollegen am anderen Tage wieder hingingen, wartete er ihnen die Tür mit der Bemerkung vor der Nase zu, sie sollten kommen, wenn es ihm pocht. Unsere Antwort auf dieses Benehmen konnte nur die sofortige Arbeitseinstellung sein. Damit scheint dem so vornehm handelnden Herrn Scheier aber auch nicht gedient zu sein, denn schon nach zwei Tagen wandte er sich tatsächlich an die Kollegen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, da sie anderthalb entlassen wären. Dennoch, die Kollegen einzuführen, haben aber selbst diese Zeilen verfaßt, und so reden wir sicher damit, Herrn Scheier in nicht allzu langer Zeit wieder von einer anderen Seite kennen zu lernen.

Münster. Am 9. September wurde vor dem Einigungsamt des Gewerkegerichts (Vorstand: Herr Gewerkegerichter Dr. Sartorius) zwischen der Firma Gottschalk u. Comp., Zeltfabrik hier, und dem Verbande der Sattler ein Tarifvertrag abgeschlossen, der in der Hauptstadt folgende Punkte vorstellt: Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Am Samstag um 5 Uhr freierabend; vor den vier hohen Feiertagen wird bis 2 Uhr durchgearbeitet, und zwar ohne Lohnabzug. Mindestlohn: Für Sattler in den ersten drei Jahren nach der Lehre 3,50 M., von da ab 4 M. täglich; für Maschinendarbeiter auf der schweren Maschine: Am ersten Jahr 2,20 M., im zweiten Jahre 2,50 M., auf der leichten Maschine 2 M. und im zweiten Jahre 2,20 M., für Heilfertinnen 1,50 M. und im zweiten Jahre 1,70 M. täglich. Für Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit der Festlegung der Minimallöhne keine Lohnzehrung erhalten, tritt dem 1. März 1909 eine Aufzehrung für Sattler um 20 Pf., für Näherinnen um 10 Pf. täglich ein. Überstunden werden mit 2 Prog. Nacharbeit mit

50 Prog. Arbeit an Sonn- und feierlichen Feiertagen mit 70 Prog. Aufzehrung entzehdet. Die Arbeiter außerhalb des Betriebes innerhalb des Burghofes werden 5 Pf. pro Stunde, außerhalb des Burghofes 3,20 M. als Tageszulage bei jeder Arbeit gewährt. Das Werkzeug wird von der Firma gehoben. Beide vertragshaltende Parteien erklären sofort ihre Zustimmung. Der Tarif tritt mit dem 12. September in Kraft und dauert bis 1. September 1910. Wenn auch die Forderungen der Arbeiter nicht ganz durchgegangen, so ist doch innerhalb ein annehmbare Erfolg erzielt worden. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als wir vor einigen Jahren bei dieser Firma nicht so gut abgeschnitten haben. Es scheint, als hätte die Firma in der Zwischenzeit doch etwas geleert. Der Abschluß dieses Vertrages steht nun würdig an, die in diesem Jahre schon abgeschlossenen Verträge an, ein Beweis, daß unsere Münsterer Kollegen es verstehen, auch in den Zeiten der wirtschaftlichen Depression zusammenzuhalten.

Nürnberg. Nach langer Zeit ist es uns gelungen, in der Militärfesthalle und Wascherei von Schwarzenberger u. Co. Eingang zu finden, da durch Abzüge an den ohnmächtigen Leichten Löhnen die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen endlich zu der Erfahrung gekommen sind, daß es auch für sie von Vorteil ist, sich der Organisation anzuschließen. Der Endvertrag, welcher es zur Arbeitseinstellung fand, ist kurz folgender:

Den Nähernamen wurde für einen Artikel, welcher früher für 9 Pf. anzutertigen war, nur mehr 1½ Pf. bezahlt, außerdem mußten die Näherinnen noch Kosten und Kosten selber stellen, so daß niedrigste Arbeiterinnen bei 100000 Arbeitstage auf höchstens 7-8 M. kamen. Natürlich konnten sich die Näherinnen etwas derartiges nicht gefallen lassen, und verlangten von der Firma, daß die alten Preise gezahlt würden. Die Firma verhielt sich auf einem direkt ablehnenden Standpunkt, auch als ihr von Seiten des Schneiderverbands untergetragen wurde, daß es unter diesen Umständen auf das schlimmste abzählen müßte. Statt nachzugeben, wurde von der Firma eine Näherin, welche als die Hauptfigur bezeichnet wurde, entlassen. Auf Grund dieses Vorfallen wurden der Firma folgende Forderungen unterteilt: 1. Erhöhung der Löhne um 10 Prog. 2. Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterin. 3. Schluß der Arbeit an Sonn- und feierlichen Feiertagen um 5 Uhr. 4. Schaffung eines Arbeiterausschusses. Da in der Sattlerie, den bisherigen Verhältnissen entsprechend, die Lage bei der Firma ungünstig war, wurden wir ersucht, uns der Bewegung anzuschließen, was ja auch geschehen ist, und wurden im Allgemeinen die Forderungen der Schneider mit übernommen. Gleich nach Ausbruch des Streits wurde von unserer Seite das Gewerbege richt als Einigungsamt angesehen. Es scheiterten aber auch hier die Verhandlungen, da der Herr Schwarzenberger auf dem Standpunkt steht: nachzugeben wird nicht, (hat sich aber schon gebebt.) Der Streit ist bis jetzt ganz gut verlaufen, und haben in der letzten Woche wieder Verhandlungen stattgefunden, aus welchen zu erschließen war, daß Herr Schwarzenberger gerne nötigen möchte, wenn er nicht an einer falschen Scham litt. Es ist als sicher anzunehmen, daß wir die Sache zu einem guten Ende führen. — D. B.

Aus unserem Beruf.

Amtliches über die Sattlergesellen. Die Handelskammer Düsseldorf hat in ihrem letzten Jahresbericht auch eine Zusammenstellung über die Löhne und Arbeitszeiten der Gesellen der einzelnen Gewerbe gebracht, so auch über die Entlohnung der Sattlergesellen. Schon unrichtig ist, daß die Sattler unter die Gewerbe zu rechnen ist, in denen der höhere und Vorsitzungsabgeordnet ist, wie der Bericht betont. Der Bericht gibt also für den Hammerbezirk Düsseldorf, der sich auch über eine ganze Reihe ländlicher Kreise erstreckt dürfte — wir kennen nicht seine Ausbreitung —, den niedrigsten Tagelohn für Sattler auf 2,40 M. an. Wie würden ein glänzendes Geschäft machen, wenn die Düsseldorfer Geselle uns jeden Sattlergesellen mit 10 M. bezahlen müßten, der weniger als 2,40 M. Tagesserdienst hat. Der Durchschnittsbericht wird auf 4,50 M. und der Höchstbericht auf 5 M. angegeben. Diese Zahlen scheinen uns vollständig aus der Luft geplappert zu sein. Wenn der Höchstbericht nur 5 M. betragen soll, dann kann keine bessere Willens der Durchschnittsbericht nicht 27 M. pro Woche betragen. Der Bericht, der sich, wie es selbst sagt, auf Angaben der Meister stützt, will den Augenschein erwecken, als wenn die überwältige Mehrzahl der dortigen Sattler einen solchen annehmbaren Lohn beziehen. Wer die rheinischen Verhältnisse kennt, muß die Angaben des Berichtes entscheiden.

In bezug auf die Arbeitszeit liegen die Dinge ausgehend etwas anders, jedoch müssen wir auch die Angaben misstrauen. Es wird für unter Ber-

werbe eine niedrigste Arbeitszeit von 9 Stunden, eine höchste Arbeitszeit von 11 Stunden und eine Durchschnittsarbeitszeit von 9½ Stunden angegeben. Auch hier ist das Bestreben offenkundig, die Verhältnisse der Arbeiter zu rosig zu malen. Wir geben wohl zu, daß die niedrigste Arbeitszeit 9 Stunden beträgt wird; aber doch die durchschnittliche Arbeitsdauer in Düsseldorf und Umgegend nur 9½ Stunden betragen soll, dies kann für uns nicht bestimmen. Nach unseren statistischen Erhebungen vom Jahre 1905 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit im Rheinland 9½ Stunden. Sollten sich seit dieser Zeit diese Zustände so schnell geändert haben? Wie glauben kann. Die Herren Sattlermeister, die an die Kammer berichtet haben, widersprechen sich ja selbst. Einmal geben sie an, daß die Löhne der Arbeiter zu hoch seien im Gegensatz zu dem fertigen Produkt, dann behaupten sie weiter, daß in der Belegschaft 1907/08 namentlich über den Mangel an Sattlern zu klagen sei, auch sie in unserem Gewerbe ein führender Mangel an Nachwuchs; niemand will mehr Sattler werden. Sollte dieses etwa durch die hohen Löhne der rheinischen Sattlermeister verursacht werden? Wenn in dem dortigen Bericht ein Durchschnittslohn von 27 M. gezahlt wurde, so könnte über einen Mangel an Arbeitskräften nicht gestritten werden. Der Norden Deutschlands hatte im letzten Jahre so viele beschäftigungslose Sattler, welche gerne für diesen Preis gearbeitet hätten. Der Bericht betont besonders, daß diese Angaben deshalb einen besonderen Wert hätten, weil sie von den Meistern erstaunt wären. Anno 1907 diese Angaben den Tatsachen entsprechen, darüber können unsere Rheinländer ein Lied singen.

Unternehmerhaus, Arbeiterschützer! Seit zehn Jahren arbeitete in der „Hofwagenfabrik“ (Fabrikator Scherer) in Rostock i. R. ein Kollege T. Bleich und Freude seinerseits, und äußerst bescheiden: Entlohnung seitens des Arbeitgebers, bedingten eine durch nichts gestörte Tätigkeit, und vielleicht noch lange bei idyllischer Harmonie gearbeitet werden können, wenn nicht vor einiger Zeit der Kollege das Verbrechen begangen hätte, sich zu organisieren. Der Herr Scherer, der wohl dahinter gekommen, oder dem es von irgend einer „Größe“ souffliert wurde, ist, glaube ich, ein Beispiel statuieren zu müssen. Er legte unteren Kollegen aufs Pfaster. Auf die Frage nach dem Grunde der Entlassung hatte der niedere Herr nur die kurze Entgegnung: „Wir passen nicht mehr zusammen“, und noch etwas, aus dem man herauslesen mußte, daß der Kollege seine Freude aufzogt. Ein unplatze Beginnen freilich, wenn der Fall gewesen wäre, da außer unserem Kollegen keiner organisiert war. Trotz allem wurde dem Entlassenen ein in jeder Hinsicht guteszeugnis erstellt. Nicht so einem Stellmacher, der nur 8 Jahre daseßt arbeitete; sollte doch dieselbe, laut Ausschaltung des Herrn Hofwagenfabrikanten, entgangen und ein Rad machen lernen. Nun sucht der Herr eine schläfrige Kraft auf! Aufstellung. Wie es dann hießt, ist zeigen zur Kenntnis die angeführten Fälle. Unsere am 12. September tagende Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorfall und verurteilte scharf das Vorgehen dieses Müllerverarbeiters. Offenbar liegt die Zeit nicht mehr abzuwarten, in der die dort arbeitenden Handwerker zum Bewußtsein ihrer wenig bedeutsamen Lage kommen, und dem Herrn Scherer beweisen, daß auch sie ein Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen haben.

Unsere österreichische Brudersorganisation erhält in ihrer letzten Nummer ein Manuskript an alle Berufsgenossen. Es heißt einleitend:

„Im Einverständnis mit der Zentralleitung unserer ungarischen Brudersorganisation, nach diesbezüglichen Mitteilungen an das internationale Sekretariat nach Berlin, erhält das Reichskomitee der Sattler, Tischner und Riemer Österreichs nachstehende

Warnung.

Die österreichisch-ungarische und deutsche Ledervereinindustrie ist bedroht. Der von den ungarischen Magnaten unterstützte Tulpenverein, dessen Aufgabe es ist, ausländische Industriegerüchte zu diffundieren, um dadurch die ungarische Industrie zu heben, hat in Kaschau und Raab sowie auch in Nagy-Tischner und Lederverarbeitervorwerken errichtet. In ersteren Ort besteht eine Korrektionsanstalt für verwahrloste Jugend. All die dort unterhalten werden im Tischnergewerbe abgerichtet. Neben der Korrektionsanstalt steht eine andere Anstalt, die von der ungarischen Regierung subventionierte Firma Zollstein und Frankenstein — rekte Blaha und Hillek aus Wien. Die erstmals genannten haben bereits in Raab ihren Betrieb — nun haben sie sich der Herren Blaha und Hillek versichert, die in Kaschau die Totengräber der österreichischen Tischnergewerbeindustrie sein sollen. Herr Blaha, als Wiener Ausgelernter, ist einen Berat an seiner heimatlichen Schule, da er als Agitator für ein ungarisches Buchhaus auftritt. Heute ist er der Sklave seiner Auftraggeber und agiert

tier sowohl in Österreich als auch in Ungarn für die Strafanstalt in Raab. . . . Das in dieser Stadt faßnisierte Verbrecherum wird zur Tischner- und Portefeuillenverbandes“ obgerichtet, es sind in der Strafanstalt Kaschau viele eingerichtet und daneben steht ein Gebäude, was sich Tischnergewerbebetrieb benennt. Es fehlt nur mehr die Hebung der beiden Anstalten und der Kontakt zwischen dem freien Arbeiter, der sich da noch loslösen ließ, und dem Zwangslager, das Strafe das Tischnergewerbe erlernen mög. ist hergestellt. Werführer sucht der ungarische Tulpenverein für die Abrichtung der verwahrlosten Jugend. Österreichische und deutsche Arbeiter sollen hier dazu hergeben, die Industrie ihres Heimatlandes zu vernichten und Zwangsarbeiter einer anderen Nation in den Zeiten des Krieges des Gewerbes zu unterrichten.“

Die österreichischen Kollegen, welche sich durch die Versprechungen dieser Leute verlockt ließen, werden nun aufgefordert, zurückzutreten. Es heißt dann weiter:

„Die Zuchthaus in Kaschau darf nicht bestehen bleiben. Die Straflinge sollen nach wie vor Sadelpaden, nicht aber dem unzähnigen Arbeiter Konkurrenz machen. Wenn Herr Blaha mit verlotterten Menschen arbeiten will, dann soll er sich als Wiederhersteller in das Zuchthaus einsperren lassen, jene Arbeiter aber werden es stets unter drei Würde finden, die Konkurrenz mit den Straflingen zu kultivieren. Mit dem Gelde der ungarischen Steuerträger, mit den Blutfreunden des ungarischen Proletariats wurde diese Korrektionsanstalt in Kaschau errichtet, diese ist nach modernstem Stile eingerichtet, alle, erdenklichen Kaschinen stehen zur Verfügung, es fehlt nur mehr das Wachpersonal, welches Österreich-Ungarn und Deutschland hiefen soll. Wagnisweise wandert das Material und zugefechtigte Tischnerware von Wien nach Kaschau, mir Gott will wohl Herr Blaha einen tüchtigen Tischner aufziehen, aber nein, die Organisation der Sattler, Tischner und Riemer Österreich-Ungarns wirft sich auf gegen dieses Schandunternehmen. Wir stellen unseren Mann und fordern von jedem Fachangehörigen, daß er sich keine Würde als gelernter Arbeiter bewusst sei und unter keinen Bedingungen nach Kaschau fahrt.“

Aus anderen Organisationen.

Der Handelskammerverband wurde im zweiten Quartal durch die wirtschaftliche Krise sehr in Misereidenschaft gezwungen. Nach der letzten Quartalsabrechnung mußte die Hauptkasse an die Ortsverwaltungen nicht weniger als 30.916 M. an Zuflüsse für die Arbeitslosenhilfe leisten. Die Ausgaben des Verbandes überstiegen die Einnahmen um 30.282,24 M. Aus diesen Gründen hat der Verbandsvorstand eine Nachbildung über eine dauernde Erhöhung der Beiträge angeordnet. Die Beiträge der weiblichen Mitglieder sollen auf 25 Pf., die der männlichen auf 60 Pf. erhöht werden.

Der Verband der Mater hatte im 2. Quartal eine Ausgabe für Streitunterstützung von 167.753 M. und nicht 167.753 M., wie der Druckschalter durch das Kommando sich in der letzten Nummer vernachlässigt.

Die „Metallarbeiterzeitung“ feierte am 15. September ihr 25jähriges Jubiläum ihres Bestehens. Die Nr. 37 vom 12. September erschien aus diesem Grunde als Festnummer. Das Blatt wurde seinerzeit gegründet durch Grilloberger im Verein mit Scherm, der gleichzeitig sein 25jähriges Jubiläum als Adolpheur der „Metallarbeiterzeitung“ feiern konnte. Den Hauptpunkt bildete die 20.000 Mitglieder zahlende Hauptkasse der Metallarbeiter, die ihren Sitz in Hamburg hatte. Auch einige wenige Fachvereine stützten das Blatt. Die spätere Gründung des heutigen Metallarbeiterverbandes ließ dieses Blatt eine Steigerung erfahren, die bis jetzt noch keine Arbeiterzeitung der Welt aufzuweisen hat. Die jeweils Auflage beträgt 380.000 Exemplare. In der Festnummer haben neben Scherm der Verbandsvorsitzende Schilde, weiter Henrichs, Bebel, Bloß, Feisinger, Segis und Umbrecht, sowie die Leiter der größeren Zahnspulen eine Reihe bemerkenswerter Beiträge geliefert. Der Gesamteinband dieser Festnummer ist ein durchaus günstiger.

Der Metallarbeiterverband hat auch in diesem Jahre wieder ein Jahrbuch herausgegeben, in dem das Wirken und Werden des Verbandes im Laufe des Jahres 1907 veranschaulicht wird. Es fehlt uns die Zeit, diese Arbeit vollständig zu würdigen. Für alle diejenigen aber, welche sich für die Tarifgeschäfte innerhalb der deutschen Gewerkschaften interessieren, bietet dieses 382 Seiten starke Werk ein schöneswertes Material.

Der Vorstand des Verbandes der Portefeuillen hat für den 15. bis 22. November eine Abstimmung anberaumt über die Verschmelzung mit unserem Verbande. Die Anträge zur Abstimmung müssen

bis 11. Oktober eingereicht sein. Der Vorstand und Ausschluß stellt folgenden Antrag zur Abstimmung: „Finden Sie für eine Verschmelzung des Sattler- und Portefeuillenverbandes?“ Es steht zu hoffen, daß eine gute Majorität für die Bejahung dieser Frage erreicht wird. Der Verbandsvorstand leitet diese Abstimmung mit folgenden Worten ein: „Den intentionen des Verbandsbeständiges Verlaß gemäß haben wir mit der Zentralleitung des Verbandes der Sattler mehrere Konferenzen und Versprechungen bezüglich Verschmelzung des Portefeuillen- und Sattlerverbandes abgehalten. Im Verlauf dessen wurde die Tarifbewegung in der Sattler- und Portefeuillenindustrie gemeinsam geführt und einheitliche Tarifverträge abgeschlossen. Damit sind die vom 2. Verbandsstage geforderten Bedingungen erfüllt und müßte im Frühjahr 1909 in Köln ein gemeinsamer Zusammenschluß erfolgen. Die Tarifbedingungen sind, vorbehaltlich des Beschlusses des gemeinsamen Verbandsstages, ebenfalls bereit und werden wir sie in nächster Nummer unseres Organs bekanntgeben. Da die Zusammenlegung beider Organisationen eine dringende Frage ist, die den Verband in seiner Gesamtheit berührt, veranlassen wir hiermit auf Grund des § 75 Ziffer 2 unseres Statuts eine Abstimmung an.“

Rundschau.

Die „Kreis Hochschule Berlin“ gibt soeben ihr neues Vorlesungsverzeichnis heraus, das diesmal fünfzig in sich abgeschlossene Vorlesungsreihen aufzählt. Mit Benützung wird in dem Vorwort berichtet, daß die Vorlesungen der Kreis Hochschule in immer steigender Weise die Gunst weiterer Kreise gewinnen, so daß die Kurse der beiden letzten Quartale von circa 6500 Hörcern besucht waren. Wiederum bietet das Programm allen, die ihr Wissen zu mehren und tieferes Verständnis für das geistige Ringen der Gegenwart zu erlangen wünschen, eine reiche Auswahl allgemeinverständlicher Vorträge aus allen Gebieten. Die großen Fragen der Welt- und Lebensausführung, die Meisterwerke der Literatur, Musik und bildenden Kunst, die bedeutungsvollen Probleme des sozialen Lebens, die hauptsächlichen Errungenschaften der modernen Technik, die wichtigen Lehren der medizinischen Wissenschaft und eigenartige Einführungen in fremde Sprachen bilden die Hauptgegenstände des interessanten Programms. Zu den bisherigen bewährten Dozenten ist eine Reihe weiterer Lehrkräfte getreten: die bekannte Reichstagssaggeordnete Dr. Eduard David und Dr. Friedrich Naumann, sodann die Herren Dr. jur. Herrfurth, Staatsdirektor Knecht und Dr. med. Ritter. Wie bisher finden die Vorträge in den Abendstunden von 8—10 Uhr statt, und es ist auch der jedem eröffnunglich Preis von 4 M. pro Sitzplatz (für die Mitglieder der meisten Vereine von 3 M.) der alte geblieben. Alles nämliche, auch über die Vorträge, ist aus den Programmen ersichtlich, die stets in sämtlichen Filialen von Voigt u. Wolff, sowie in zahlreichen Buchhandlungen, Bibliotheken und in den Verkaufsstellen der Hörsärfarten zu haben sind.

Zur Lehrlingsfrage hat der Handelsminister den Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern folgende Verfügung augeben lassen: Wie die Handwerkskammer zu Harburg in ihrem Bericht vom 24. d. M. zutreffend ausführt, steht vom 1. Oktober d. J. in Handwerksbetrieben die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung gemäß § 133 Gem.-G. nicht abgelegt haben, die vielmehr die Berechtigung zur Führung des Meisterberufs lediglich auf Grund der Vorschriften des Artikels 8 des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897 besitzen, dürfen die am 1. Oktober d. J. bereits in das Lehrverhältnis eingetretenen Lehrlinge aufnehmen. Ihre weitere Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen ist jedoch von einer besonderen Verleihung durch die untere Verwaltungsbehörde abhängig, und zwar ist diese Befugnis ihnen zu verleihen, wenn sie am 1. Oktober d. J. mindestens fünf Jahre hindurch in ihrem Berufe — sei es selbstständig, sei es unfestständig — tätig gewesen sind; im anderen Falle kann sie ihnen verliehen werden. Diese Befugnis ist nach den Motiven in das Gesetz aufgenommen, um den betreffenden Handwerkern zur Vermeidung späterer Zweifel und Streitigkeiten einen zuverlässigen Ausweis über den Fortbestand des Anleitungsberufs zu verschaffen. Es wird sich empfehlen, daß die Handwerkskammer in geeigneter Weise (durch Bekanntmachungen, Verständigung der Zünfte usw.) auf diese Bestimmungen des neuen Rechts hinweist und die Beteiligten zur Stellung entsprechender Anträge bei den unteren Verwaltungsbehörden veranlaßt. Bei der Durchführung der neuen Vorschrift ist, namentlich in der ersten Übergangszeit, unter Vermeidung unnötiger Härten, mit unwillkürlicher Willkür zu verfahren.

Unsere Kässerer.

Wir wollen heut unser Augenmerk
Auf unsere Kässerer lenken.
Sie haben es wohletlich gar nicht leicht,
Das sollte man stets bedenken.

Wenn andre schon längst bei Mitternacht zu Hause
Sich ruhen auf weichen Kissen,
Sitzt noch der Kässerer und redet uns,
Nicht Warten und jüngst Zittern.

Hinzu einer mal mit dem Betrag nach
Und wird ihm ein kleiner Küß.
Dann streicht man's oft dem Kässerer ab
Und er ist der Sündhaftigkeit.

Wedenet der Männer, die bis tief in der Nacht
Ruh über den Büchern über,
Bis eins nach dem andern in Geduld gebreit
Zum eurem Interesse und Ruh.

Und ist dann die lebte Marke geflekt,
Werbi das Gezerte und Getue,
Danu slappet er erleichtert die Marke zu,
Ihm windt die verdiente Ruh.

Zenny Horn im „Zimmerarbeiter“

Korrespondenzen.

Bremen. (E. 9. 9.) Montag, den 24. August, fand hier im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Battlerveranstaltung statt. Zu dieser hielt Stellvertreter Breslau-Hamburg einen Vortrag über: Gewerkschaftliche Organisation und wirtschaftliche Krise.

Der Referent erörterte die Fragen: Wie entstehen die Krisen, und wie ist ihnen abzuhelfen? Streiken entstehen durch Überproduktion, und können wir durch eine gute Erziehung diese abwenden, indem wir unsere Mitglieder finanziell unterstützen. Redner ging dazu noch in einigen Worten auf die Gründungen der verschiedenen Gewerkschaften ein, die in Gegenwart zu unseren Zentralorganisationen stehen, und forderte zum Schlus für laufende Propaganda für unsere Erziehung auf. In der Diskussion bemerkte ein Kollege, daß wir viele Bremerschaftsmitglieder haben; diese Kollegen müßten wir aufklären, um sie zu überzeugten Mitgliedern zu machen. Leider waren nur zwei unorganisierte Kollegen anwesend, wovon sich einer aufzuhören schloß.

Am 30. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Es war ein Schreiben vom Gauleiter eingelassen, die Hamburger hätten beschlossen, die Kaufmänner nicht in H. da dieses 150 Metzgeren kommt, sondern in Hamburg abzuhalten, und wurde diesem Beschluss zugestimmt.

München. (E. 14. 9.) Unreine Versammlung vom 29. August hatte als Hauptpunkt: Abrednung der Tarif-öffentlicherverkehrsleitung und ihre Nachnahme. Unser Vorsitzender gab die Abrednung, er fuhrte daran eine kurze Erklärung, wie die Sache aufging und verließ. Trotzdem ganz unheimlich Befürchtete für die Kollegen herausstammten, und doch befriedigte nicht zufrieden. Sie meinen, ohne Verhandlungseltern zu erreichen, um haben bereits genügt, und nun den Rücken zu schenken. Redner darüber hinaus: die Schwababeratungen in aufstrebender Weise, welche bloß zum Ernebenken, sonst aber für nichts anderes zu haben sind. Weiter ist noch zu erwähnen, daß die Neuwahl der Tarifkommission der Wagenföttler vorgenommen wurde. Der bisherige Obmann dieser Kommission lebt eine Wiederwahl aus dem Grunde ab: Er stelle seine Kraft gerne einer Sache zur Verfügung, wo auch wirtschaftlich gearbeitet wird. Er hat im vergangenen Jahr zwar nur einmal an die Zentralversammlung in Berlin geschrieben; aber weder Antwort, noch sonstige Anfragen sind an ihn zurück gekommen. Er beweist, daß die Kommission überhaupt ihre Ziele erreicht, wenn nicht in anderer Weise gearbeitet und Entgegenkommen gezeigt wird. Aus dem Sitzungsbericht unseres Gewerkschaftsdelegierten ist zu entnehmen, daß die Sitzungen jetzt im Zeichen des sozialistischen Arbeitsnachweises stehen. Derselbe wird im großen ganzen für notwendig gehalten; nur die großen Verbände mit gut funktionierenden Abteilungen sind noch nicht ganz einverstanden. Unser Delegierter sprach die Hoffnung aus, daß es doch noch möglich sei, dieses Institut ins Leben zu rufen, welches ein weiteres Mittel sein wird, den Organisationsgedanken in weitere Kreise zu bringen, und auch einen Schritt bedeute zur Arbeitslosenverhinderung, da er durch den sozialistischen Nachweis die Arbeitslosenzählung möglich werde. Unter Verbandsangelegenheiten bedauerte unser Vorsitzender, daß die gegenwärtige Unterstützung der Filialen noch zu wünschen übrig lasse. Er erwähnte, daß er nach Straßburg um Aufklärung in einer Tarifstelle geschriften habe, ohne Antwort zu erhalten.

Wiesbaden. (E. 15. 9.) Am 31. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf Antrag der Ortsverwaltung vor Gauleiter Bartsch-Breslau anwesend. Grund hierfür waren

die letzten Entlassungen bei der Militäraffectionärschef von C. Schneider. Welche Beweggründe rechtfertigen nun diese Abmachungen? Nachdem ich fast sämtliche Anwesenden zu diesem Punkte geäußert hatte und die näheren Details besprochen waren, fand Bartsch in seinen Ausführungen zu der Überzeugung, daß etwaige Maßnahmen oder Spinen gegen den Verbund nicht ausschlaggebend seien, überhaupt nicht in Betracht kommen, sondern lediglich der Arbeitsnachweis dieser darin, infolge ungemein einfließender Aufträge. Bartsch riet die Arbeitszeitverkürzung an, durch ein Schreiben an die Aufsichtsleitung. Dieses wurde jedoch von den Anwesenden nicht akzeptiert, da man dort auf volle Betriebsdauer pocht. Trotz der kleinen Bedeutung am 31. August wurde beantragt, bei der Centralversammlung in Berlin Information über den Stand der Militäraffection in Reich einzuholen und unmittelbar nach Abschluß auf Abreise und späterer Erklärung fortzuführen. Bartsch riet die nicht ganz einwandfreie Handlungswelt der Riebau, indem sie wohl diesen Arbeitern nicht direkt fördert, sondern zum Teil mit Aussehen verfeindet, aber im Hinblick auf die weniger werdende Arbeit die Kollegen nicht chaot. früher auf die Lösung des Arbeitsverhältnisses aufmerksam machte. Denn wenn man schon auf der einen Seite keine eingerückten Arbeitern mehr verfügen will, so muß man aber auf der anderen Seite sowohl Tätigkeiten beginnen, derartige Mitarbeiter etwas zeitiger auf die plötzlichen Abbrüche der Arbeit aufmerksam zu machen, damit es ihnen gelingen würde, unter der Zeit noch ordentlich an Arbeit zu kommen. Außerdem noch einige Verhandlungsnachrichten besprochen und interne Angelegenheiten erledigt wurden, sowie die Versammlung aufgelöst.

Osnabrück. (E. 15. 9.) Am Sonntag, 30. August, fand vielleicht eine öffentliche Battlerveranstaltung statt. Die hierorts bereits organisierten Kollegen hatten, Osnabrück Verhältnisse entsprechend für guten Reuch Sorge getragen. Gauleiter Bartsch-Breslau referierte über: „Der wirtschaftliche Wert des Zusammenhaltes unserer Berufsangehörigen unter Bezugnahme auf die Osnabrück-Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. Da am vorherigen Abend eine Aussprache mit verschiedenen Betriebskollegen stattgefunden hatte, so war es den Referenten ein Leichtes, nach keiner allgemeinen Ausführungen über die Notwendigkeit einer Berufsorganisation am Platze und ihrer Vorteile für die Masse der Arbeitnehmer, die Zahl und Arbeitsverhältnisse von Osnabrück zu kennzeichnen. Man war ind in der Diskussion klar, daß es zu weit weitergehen kommt, und es die Ladung 31. 11. 14. d.h. daß die Kollegen eines menschlichen Organs bewußt werden. Mit Ausnahme einer einzigen Arbeit, wo man von eingerückten ausnahmenden Verhältnissen sprach kann, haben die übrigen Betriebe noch recht zufriedenstellende Zustände in bezug auf die Lebenshaltung ihrer Arbeiter. Man wurde sich auch in nächster Zeit zu verabsuchen, da und dort für Verbesserungen einzutreten; natürlich gehört dazu der Zusammenhalt aller Kollegen. Die Versammlungen verstanden, nach Kräften mitzuarbeiten, um auch den besten und speziell die alten Kollegen in in Verbände einzuführen. — An die öffentliche Versammlung schloß sich die erste ordentliche Mitgliederversammlung an. Bartsch sprach über: „Lügen“ Bartsch sprach über: „Lügen“ und „Zweck“ der Selbständigkeit als Filiale. Die Vorstandswahlen gingen darauf glatt voran. Auch wurde in bezug auf die Ausführungen des Gauleiters beschlossen, dem breiten Gewerkschaftsarbeit beizutreten. Er erläuterte auch das Vertrauensmännerystem und erinnerte an pünktlicher Vertragszahlung. Einige Wahlen wurden hierzu vorgenommen. Kollege Bartsch gab am Schlusse der Versammlung seiner Begründung Ausdruck, indem er durch den persönlichen Diskurs gefunden hatte, daß die Kollegen ihre Bestrebungen erneut nehmen. Er weist auch auf den gegenwärtigen Friede hin und betonte, daß nur Solidarität, Disziplin und Manneswürde dazu gehören, um jede Aktion für die wirtschaftliche Überherrschung der Arbeit mit Erfolg durchzuführen. Nachdem noch der Vorsitzende in einigen Worten zur Mitarbeit aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Es erfolgten 4 Abstimmungen, so daß gegenwärtig die Filiale, mit den zugereisten Kollegen, 15 Mann beträgt.

Würzburg. (E. 15. 9.) Am Sonnabend, 5. September, fand in „Arena“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der erste Punkt der Tagordnung wurde durch Vorsitz aus der Presse: „Die gewerkschaftlichen Organisationen und gewerkschaftlichen Versammlungen unter dem Begriff“ ausgefüllt, und folgten die Kollegen-aufmerksam-diesen interessanten und lehrreichen Ausführungen. Es wurde beschlossen, in einer der nächsten Versammlungen die Vorlesung fortzusetzen. Dann wurde der Vorträger angefragt. Unter Verchiedenem wurde ein Schreiben der Tarifkommission der Wagenföttler, betreffend die Agitation unter den Wagenföttlern und statistische Angaben aus dieser Branche, verlesen, und war man sehr ge-

reicher Meinung, wie man diesem Wunsche am besten begegnen könnte. Der Vorsitzende übernahm es, die Angelegenheit zu erledigen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung aufgelöst.

Pepzig. (E. 15. 9.) Freitag, 11. September, trat unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Volkshaus. Die Tagordnung lautete: 1. Unter Arbeitsnachweis, 2. Erhöhung der Entschädigung der Arbeitsnachweisführenden, 3. Gewerkschaftliches. Kollege Weiß verlas das Protokoll der letzten Versammlung. Der Antrag Möring, daß Stimmenredukt in diesen Vertrag mit einzufügen, wurde angenommen. Beratung wurde mit 70 Stimmen zum Vorstande gewählt. Möring erhielt 66 Stimmen. Die Debatte über den Arbeitsnachweis war eine sehr rege und lange, darum konnte über die gewünschten Aufträge nicht abgestimmt werden. Es wurde alles aus zur nächsten Versammlung verteilt. Auch wird sich Peppzig mit dem Umstehen befassen.

Brandenburg a. H. (E. 17. 9.) Am 12. September fand hier unsere regelmäßige Versammlung statt, in welcher der Gauleiter Kollege Illiger einen Vortrag über: „Arbeit und Segen der Wiederaufarbeit“ hielt. Reuter schilderte in dem Vortrag den Arbeitsaufschwung bei Einführung der neuen Maßnahmen beobachtet; denn durch die neue Produktionsweise wurden Tausende von Arbeitern brotlos gemacht. Der Kapitalismus gab es nicht damit noch nicht aus, sondern führte verbesserte Maschinen ein, um Frauen und Kinder in kleine Betriebe, um billiger produzieren zu können. Durch diese neue Arbeitsmethode wurde das Ende der Arbeiterschaft noch bedeutend größer. Reuter wies darauf hin, daß die unverträglichen Zustände nur durch eine starke Organisation behoben werden können. Deshalb ist es Pflicht eines jeden einzeln, sich seiner Gewerkschaft anzuschließen und in seiner Familie den gewerkschaftlichen Gedanken zu verbreiten. Reuter Weiß wurde dem Referenten zugeordnet. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wird von einigen Kollegen die Frage gestellt, ob für jedes einzelne Arbeitsschichtung einzeln würde, wie es bei dem Metallarbeiterverein und den Kirch-Dönerischen Betriebsvereinen der Fall ist. Da aber in unserem Statut dies nicht klar zu bestimmt ist, wurden die Kollegen bis zum nächsten Versammlung vertagt, wo Anträge auf Verbergung und Abänderung des Statuts eingereicht werden sollen. Hierauf wurde vom Kollegen Mack die Versammlungsfrage angeschritten. Es führte aus, daß wir die Verschmelzung mit den Parteikollegen mit Freuden begrüßen; uns damit aber noch nicht zufrieden geben können, sondern dann anstreben müssen, einen Zusammenschluß aller in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter in einer als möglich zu vereinen. Es ist deshalb Pflicht aller Zulieferer, welche in dieser Sache mit uns übereinstimmen, nur solche Tätigkeiten zum nächsten Verbandsstage zu senden, welche für den Zusammenschluß aller in Betracht kommenden Gewerkschaften zu halten sind. Eigentlich ist es Pflicht unseres Hauptvorstandes, die Anregungen aus dem Kreise der Mitglieder zu fordern und nicht, wie es bei uns der Fall ist, zu bemerken. Diese Ausführungen wurden noch von einigen Kollegen unterstützt. Kollege Illiger führte aus, daß wir uns erst mit den Parteikollegen verbinden müßten; die Bewegung der Verschmelzung würde kommen, sobald ihre Zeit da ist, und sich nicht durch einzelne ihr im Wege stehende Personen aufhalten lassen.

Halle a. S. (E. 17. 9.) Am Sonnabend, den 12. September, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher Arbeiterseelsorger Geist Güldenberg einen Vortrag über: „Die deutsche Sozialreform“ hielt. An der Hand der vielen Entscheidungen, die der Referent zugunsten der Gewerkschaften erzielt hat, konnte er die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung, unter Spannung der Aufmerksamkeit, den Kollegen recht verständlich machen. Es sei die Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, diese Gesetze richtig in Anwendung zu bringen und zu verbessern suchen, indem sie tüchtige Vertreter bis in die unterste Verwaltungshierarchie einzurichten versucht. Reuter Weiß wurde dem Referenten zugeordnet. Nachdem noch unter Verchiedenem einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte der Schlus der Tag. Am 13. September fand die Versammlung statt.

Düsseldorf. (E. 18. 9.) Nach einer schlechten Zeit kommt einmal wieder eine bessere, so dachte ich in unserer Mitgliederversammlung am 28. August 1908, als ich sie eröffnete und sah, daß es die bestbesuchte Versammlung in diesem Jahre war. Dies gab Veranlassung, die Versammlungen interessanter und besser zu gestalten. Es wurde dann auch beschlossen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag halten zu lassen, was denn auch geschah. In der Versammlung am 12. September referierte Arbeiterseelsorger Geist Fischer über das Thema:

"Arbeiterstaat und bürgerliche Gesellschaft". Redner schilderte in seinen Ausführungen, wie wenig fröhlich und heiter noch zum Schutz der Arbeiter getan worden ist; wie die bürgerliche Gesellschaft, außer Arbeitgeber, die nicht entscheidenden Besitzer, die ganz Schutz der Arbeiter eingeführt würden, erstmals in den meisten Fällen überzeugt und geweckt uns den Weg einnahmen möchten. Er führte aus, wie fröhlich Kinder von 5 Jahren an in der Fabrik beschäftigt und ausgebildet wurden, weil der Mann und die Frau allein nicht soviel verdienen, um ihre Familie zu ernähren. Ferner, wie Mann und Frau gemeinsam im Bezug auf den schwierigen Dienstleistungen die Mutter zu fördern und ihr Dasein zu erleben. Dass es heute ein Gehebe gibt, welches die Frauenarbeit unter Lage verbietet, ist nur der fortwährenden Kritik der Sozialdemokratie im Parlament zu verdanken, welche die einzige Partei ist, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreibt. Die Arbeiter werden von der bürgerlichen Gesellschaft nur auf den Yom geführt, denn diese ist eine Gegnerin der Arbeitsförderung; sie ist gegen eine Verbesserung der Arbeitszeit, denn je länger sie den Arbeiter ausbeutet, desto größer ist ihr Profit. Weil wir von bürgerlicher Seite keinen Schutz zu erwarten haben, und unsere Vertreter noch nicht mitmachen sind, die von ihnen eingebrachten Gesetze zur Durchführung zu bringen, so müssen wir uns selber Verbesserungen erkämpfen und dieses können wir nur durch eine geschlossene, feste Organisation. Darum möge nach jeder Stolleges bestrebt sein, die Organisation zu fördern, bis wir stark genug sind, den Kampf um Verbesserung unserer Lage aufzunehmen zu können, denn nur durch Kampf gelangen wir zum Sieg. Nachdem die Stollegen noch aufgefordert wurden, an dem Zusammentreffen nach Hannover, der am Sonntag, 13. September, stattfand, mit ebenfalls so zahlreich wie in der Vergangenheit zu beteiligen, erfolgte Schluss der gut besuchten Versammlung.

Hannover. (E. 18. 9.) Am 12. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, anwohnen Edelmann hielt einen sehr interessanten Vortrag über: "Die Kunst und das Volk". Der Referent fügte ungefähr folgendes aus: Die Kunst ist alt, und zeigt sich schon bei den Wilden des Senn für Aesthetizität. Die Kunst ist zu erkennen, bei denen und fühlen können, um so die Seele in höheren Schwungzuständen zu versetzen. Die populäre Kunst ist wohl die Kunst; dieselbe will, je nach Art der Melodie, erhabener oder wehmütig auf das Gemüth des Menschen. Wenn die Deutschen heute wohl als das Volk der Kunst gelten, so ist das aber nicht immer so gewesen, denn in früheren Zeiten wurde letztere hauptsächlich nur als Hausekunst gepflegt. Nun jedoch haben einzuhängen sind die auszärtigen Baukunstwerke der Juden und Jesuapier deutzausage, als dieselben ohne jegliche Hilfsmittel zustande gekommen sind. Die Bildhauer und Maler waren in früheren Zeiten an der Ausübung der freien Kunst dadurch sehr gehindert, dass sie fast immer den Auftragungen der Auftraggeber nachkommen mussten, und noch in neuerer Zeit ist vielfach der höchste und ältesten Wunsch maßgebend. Zu der Natur zeigt sich die Kunst in verschiedenen Farbenpigmenten, hervorgerufen durch Sonnenstrahlen, Schatten oder Nebel. Der Süddeutsche liebt mehr das Prunktheate, wogegen der Norddeutsche mehr zur Einfachheit neigt. Um mit Lessing zu sagen: "Die größte Einfachheit ist immer das Schönste". Die Literatur muss mehr gepflegt werden, wie bisher, denn dann betrachtet man nicht nur, sondern man lernt auch richtig verstehen. Keiner Weißt lohnt den Redner für seine 12-stündigen Ausführungen. Sodann wurde noch beschlossen, die Gauversammlung wieder in Homburg abzuhalten. Vom Vergnügungsauftakt wurde noch auf das am 3. Oktober stattfindende Stiftungsfest hingewiesen. Schluss der Versammlung um 11 Uhr.

München. (E. 18. 9.) Am 12. Septbr. fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher die Verwaltung wieder einen günstig abgeschlossenen Tarifvertrag bekanntgeben konnte, nämlich mit der Firma Gottschalk u. Co., Filiale München. Wenn auch das Ereichte nicht allzu hoch angehoben werden kann, so ist doch der Erfolg als erster Angriff nicht zu unterschätzen, besonders der Mindestlohn von 2 M. pro Tag ist gegen frühere Verhältnisse ein großer Schritt vorwärts. Des weiteren wurde wieder einmal unsere Stellung zum Industrieverbund behandelt. Der große Teil der Kollegen sprach sich für denselben aus, eine Minorität machte Zweifel an der Zweckmäßigkeit derselben geltend. Leider fehlte es nicht an Anklagen gegen unsern Zentralvorstand, welche manchmal etwas scharf wurde, da dieselbe aus irgendeinem Grunde die Sache zu hinterziehen suchte. Besonders wurde über aufgenommen, dass die Wachtkommunion abgelehnt wurde. Es standen noch einige Kollegen, welche die Angriffe zurückwiesen und etwaige schlimme Folgen der durch die Wachtkommunion herbeigeführten Verschmelzung für möglich hielten. Die Münchener Kollegen lassen sich jedoch nicht abhängen, sondern erbliden ihr Heil einzig in der Verschmelzung, wovon wir uns befre-

dern für andere bayrischen Städtedrägen Verhältnisse auf Erfolg vertrauen. Von einer Resolution wurde Abstand genommen, dieselbe wird einer etwa zu diesem Punkt einberufenen Versammlung vorbehalten. Es wäre noch zu erwähnen, dass ein junger Zattler, der schon lange Jahre im Verband steht, die Sperrmautregeln der Berliner Firma beim vorigen Jahre etwas unzufrieden mit den großen Radikalen mit der organisierten Kollegenchaft bezeichnete.

Hannover. (E. 18. 9.) Eine der letzten Versammlungen beinhaltete sich mit der Frage: Wie stellen wir uns zum Bau eines Gewerbehauses? Ein Mitglied der Rentkommission war anwesend, um die für uns noch unlösbar Punkte zu erläutern. Die Vorst. ein Gewerbehaus zu bauen, besteht schon etliche Jahre. Mit dem Bau des Gewerbehauses soll auch gleichzeitig eine Centralherberge errichtet werden, um einem schon seit Jahren bestehenden Hebel abzuhelfen. Die Erbauung kostet resp. das Stammpital wird von den Gewerkschaften und von der Partei in Gemeinschaft getragen werden; es ist dieses ein Beweis, dass zwischen beiden Corporationen ein gutes Einvernehmen vorhanden ist, hoffen wir, dass durch die Errichtung eines Partei- und Gewerbehauses die Bande noch stärker geknüpft werden, zum Ruhm und Besten der gesamten Arbeiterschaft. Ein weiteres Kapital ist innerhalb eines Monaten durch die Gewerkschaften aufzubringen, und zwar auf jedes männliche Mitglied 4 M. und auf jedes weibliche 2 M. Zu welcher Stunde dieser Beitrag von den Mitgliedern erhoben wird, bleibt den Gewerkschaften überlassen. Mit der letzten Frage beschäftigte sich dann die nächste Versammlung. Es wurde der Vorschlag gemacht, von den Extrabeiträgen Abstand zu nehmen, denn die Erfahrungen haben gelehrt, dass unsere Mitglieder für Extrabeiträge im allgemeinen keinen richtigen Verständnis haben, sondern vielmehr glauben, jetzt gleich einen Grund zum Anstreben gefunden zu haben. Es erscheint daher am zweckmäßigsten, das Geld aus der Lokalstube zu nehmen, dadurch trage dann ein jeder sein Scheiteln dazu bei. Dieser Vorschlag wurde vom Kollegen Schnieder als Antrag erheben und derselbe gegen drei Stimmen angenommen. In der Diskussion wurde lebhaft debattiert, dass bei verschiedenen Stollegen die Anteile für den Verband so durchsetzbar abschaffen, denn gerade jetzt sei es doch notwendig, auf dem Posten zu sein. Aber viele Mitglieder glauben, wenn der Verband nicht immer allezeit recht viel für sie herausstellt, dann denselben nicht mehr nötig zu haben. Sie deuten: "Nur ist es Zeit, jetzt schnell ausgetreten", ein Grund dafür ist bald aus irgend einer Absicht gefunden. Da, aber woan liegt es dann, dass nichts unternommen wird, dass nur einzige uns allein an den Mitgliedern felicit. Aber es ist nun einmal so in Hannover, die Zattlergefeilen leben aufscheinend in sehr guten Verhältnissen. An der Spitze bei dieser Tätigkeit stehen die Kollegen bei der Firma H. B. Edelmann, an denen sichne Hoffen und Matz befinden, denn vom Vorstand aus ist nichts untersucht geblieben. Man kann sagen, mit den Herren hat man sie herangezogen, aber gerade das Gegenteil ist eingetreten. Anstatt aufzuhören, erfolgt ein Austritt nach dem anderen, andere bleiben mit den Beiträgen zufrieden, dass man gezwingt ist, dieselben auszuzuladen. Doch nicht genug hiermit, es laufen sich diese Austrittungen noch, die uns treugebliebenen Mitglieder in aller möglichen Art und Weise zu schikanieren. Euch lehren möchten wir zuwenden, lasst Euch durch solche niedrige Handlungswerte nicht irre machen an unseren idealen Zwecken, tretet nach wie vor für den Ausbau des Verbands ein. Da schon zu wiederholten Male die Handlungswerte dieser Kollegen kritisirt wurde, bei denen aber auch das Versammlungsschwinden zum Laster geworden ist, somit die an in gerichteten Wahrnehmungen ungehört verhallen, sind wir gezwungen, zur Öffentlichkeit zu greifen. Hoffen wir, dass die Kollegen ihr Unrecht einsehen und den eingeschlagenen Weg verlassen und zu uns zurückkehren, um sodann ewige Eventualitäten geschlossen gegenüberstehen zu können, denn

"Einigkeit macht stark."

Stuttgart. (E. 18. 9.) Am Sonnabend, den 5. September, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher unser Gauleiter, Stolleg. Märker, ein Referat über: "Die Verschmelzungsfrage" hielt. Redner gab zunächst einen Rückblick auf die Kämpfe in der Arbeiterbewegung vom Jahre 1868 ab, von welchem Zeitpunkt die eigentlichen Massenkämpfe der Arbeiter in Deutschland zu verzeichnen seien. Er führte aus: Die ersten Kämpfe trugen noch nicht so deutlich den Stempel des Klassenkampfes, sie waren noch keine Wachtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit, dazu fehlten beiderseits umfassende Organisationen. Auf Seiten der Arbeiter war wohl der Grundgedanke theoretisch erfasst, aber es fehlte ein einheitlicher Plan. Mancher Erfolg war auf Nebenkämpfen der unorganisierten Unternehmer zurückzuführen. An der Hand einer Statistik hörte der Redner die Fortschritte der Gewer-

beitsbewegung und die Verschmelzung einzelner Gewerkschaften an. Er beweist darin, wie man mehr und nicht erfasst habe, dass Gewaltmittel nur gewerkschaftlichen Stärke die Grundbedingung seien, ebenso auch die Abhängigkeit des Führers. Das Baumärktestreben der Gewerkschaften habe auch die Unternehmer zum Zusammenchluss gezwungen. Die Beziehungen der Unternehmer, die Rumpfe zu ditieren, und die Gewerkschaften zusammenzulegen, zwangen auch uns zu engem Zusammenchluss. Unter Bezug auf den Industrieverbund führen, wobei die Verschmelzung mit den Portefeuillen die uns am nächstliegenden sei. Redner glaubt, dass jede heile Streit in der Frage unnötig sei, da wir den Industrieverbund nicht mit Hochdruck machen wollen; aber es für einen Fehler anschein würden, wollte man dessen Entwicklung hindern im Wege stehen. Unter allgemeinem Beifall schloss Stolleg. Märker seine Ausführungen und empfahl der Versammlung folgende Resolution zur Annahme: "Die Versammlung der Stuttgarter Zattler steht prinzipiell auf dem Standpunkt, dass ebenso wie in anderen Berufsgruppen, auch für die gesamten Werktäler eine umfassende Industrieorganisation möglich und erreichbar sei. Dagegen hält die Versammlung diese Frage zunächst für besonders brennend und beginnt daher zunächst den Vorschlag des Zusammen schlusses der Zattler und Portefeuillen. Sie hält diesen Zusammenchluss für selbstverständlich und erachtet darin den ersten Schritt zur Abschaffung eines Industrieverbands." An der Diskussion, in welcher auch zwei Kollegen vom Portefeuillenverbund zum Wort taten, wendete sich nur ein Kollege gegen die Verschmelzung mit den Portefeuillen, aber für den Industrieverbund, worauf Stolleg. Märker in seinem Schlusswort feststellte, dass die Versammlung zum Industrieverbund allgemein genehmigt werde, dass aber die Bedingungen noch nicht soviel gedient seien, weshalb die Verschmelzung mit den Portefeuillen den ersten Schritt bedeuten solle. Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen. An der daraus folgenden Wahl eines Gauleiters wurde Stolleg. Märker gewählt. An seine Stelle tritt Kollege Schäfer als Revisor. Schluss der gutbesuchten Versammlung um 12½ Uhr.

Ulm. (E. 21. 9.) Am 12. d. M. fand in unserem Verbandsstolde die gewöhnliche, aber sehr zahlreiche Versammlung statt, wodurch auch eine sehr lebhafte Diskussion stattfand. Es wurden durch unsere neu zugereisten Kollegen Fragen über verschiedene Punkte laut, welche in sachlicher Weise wieder requiriert wurden. Es macht sich aber heuer hauptsächlich bei unseren Kollegen, welche auf unsere Laufaison zugereist waren, sehr fühlbar, dass die meisten gar nicht organisiert sind, trotzdem sie meistens Vordeutliche sind. Wir waren aber immer der Meinung, dass die Organisation bei den Norddeutschen schon weiter vorgeschritten ist als bei uns. Hierauf wurden noch über verschiedene Arbeitsräume Fragen gestellt, die verbesserungsbedürftig sind. Bei der Firma Romer, Neu-Ulm, hat man sich hauptsächlich über die Werkstattkommission beschwert, welche sich so wenig um die Verbesserung der Verhältnisse, Auffordräge usw. bemüht. In die Werkstätte des Herrn Magirus, Feuerwehrzeugenfabrik, haben wir auch etwas mehr Licht gebracht. Im allgemeinen dressiert man hier die Lehrlinge, um unsere Verbandskollegen bei den Reisen zu verlaufen, wozu sich noch ein abgeklärter Verbandskollege gesellt und verzweifelt gegen uns kämpft. Dann besichtigt man sich noch mit Kollegen, welche ihr Wissen und Können über den Verband in den Wirtschaften breitstellen, aber nicht zum Nutzen des Verbands und der Kollegen, sondern nur zum Abergern und Schaden der Firma. Hier muss es sich die Verwaltung angelegen sein lassen, solche Kollegen etwas mehr im Auge zu behalten. Als Vertreter der städtischen Ortsstraßenasse wurden die Kollegen Knob, Landshuter und Breun proklamiert. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Emslander erfolgte Schluss der Versammlung. Aufnahmen wurden 4 gemacht.

Gedankensplitter.

Alle weitragenden Stimmen haben Worte des Trostes geworben. Alle weltumspannenden Gedanken sind Aufruhrgedanken gewesen. Ellen Key.

Sterbetafel.

Berlin. Hermann Morawitz. Vinoleumleger, 40 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Ehre seinem Andenken!

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung.

Zur Beachtung für Militärschuldige!

Die zum Militär eingetretenden Mitglieder machen nur hiermit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Kinder werden durch die Ortskässer, nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Beitragsträge, einzogen und an die Hauptverwaltung eingeliefert.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen unterstüzen.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldeungen nicht nachkommen, gehen ihrer Aufpräide an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruht die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Der Beitrag der Verwaltungsstelle Straßburg i. E. beträgt vom 1. Oktober ab 50 Pf. pro Woche.

Als verloren reisp. gestohlen gemeldet wurden die Mitgliedsarten Nr. 1233, Gustav Brandenberger und Nr. 5013, auf den Namen Robert Peters lautend.

Die Zählkarten für die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal sind bis spätestens 8. Oktober einzufinden.

Die Abrechnungen und Gelder für das 3. Quartal sind bis spätestens den 15. Oktober an die Hauptkasse einzufinden.

Die Beitragsträge sind bis spätestens zum Quartalschluss zu entrichten. Uebrig gebliebene Extramarken sind mit der Abrechnung an die Hauptkasse einzufinden.

Das Mitglied Karl Schöfnecht, V. Nr. 284, aus Barel i. O., wurde wegen Verstoß gegen die Interessen des Verbandes aus der Organisation ausgeschlossen.

Zur Beachtung für die Auszahler der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung.

Um einem gleichzeitig von mehreren Verwaltungsstellen größeren Wirtschaftsrechnung zu tragen, machen wir darauf aufmerksam, daß der letzte Satz des § 9, Absatz 5 nicht anders ausgelegt werden kann, als er steht, nämlich daß das Auszahlen als Arbeitslosigkeit zu betrachten ist. Wer länger als sechs Tage arbeitslos ist, hat Anspruch auf Unterstützung und wer länger als sechs Tage auszahlen muß, hat gleichfalls Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung. In beiden Fällen ist der siebente Tag der erste Unterstützungsstag.

Wer eine Stelle zur Aushilfe annimmt, braucht eine neue Karentzeit nicht mehr einzuhalten, wenn die Arbeit nur 8 Tage dauert. Dauert die Aushilfsstelle länger als 8 Tage, so muß die Karentzeit von 6 Tagen von neuem eingehalten werden.

Wir bitten ferner streng darauf zu achten, daß Reiselegitimationen, die älter als 14 Tage sind, keine Gültigkeit mehr haben und Unterstützung auf diese Scheine nicht gezahlt werden darf.

Die Verwaltungsstellen werden dringend erfordert, ihre Halbjahresberichte an die Gauleiter umgehend einzufinden, damit diese in die Lage kommen, bald ihren Bericht zu geben.

Herner geben wir bekannt, daß der Vorstand mit dem Schweizerischen Lederarbeiterverband ein provisorisches Gegenleidungsverhältnis abgeschlossen hat. Bekanntlich ist der Verband der Sattler in der Schweiz zu diesem Verbande übergetreten. Es ist daher folgendes Abkommen getroffen worden: Die

Sattler des Schweizerischen Lederarbeiterverbandes sind genau so zu behandeln wie die Mitglieder der übrigen Bruderorganisationen. Zudem dieselben 52 Wochenbeiträge in ihrer früheren Organisation geleistet haben, steht ihnen ein Anrecht auf die fakturierlichen Unterstüzung zu. Beim Übertritt sind die kleinen Zettel in das schweizerische Buch einzutragen und anzuhängen. Die Sattler des schweizerischen Verbandes legitimieren sich durch ihr Mitgliedsbuch, in dem hinter dem Namen des Mitgliedes das Wort Sattler stehen muß. Alle anderen Gründen des genannten Verbandes, Schuhmacher, Werber, usw., haben kein Anrecht auf Unterstüzung.

Die Kollegen unseres Verbandes, welche mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten, wenn sie die Schweiz bereisen, in folgenden Orten je 2 Fr. Unterstüzung:

P o l e : st. Lang, Riehentorstr. 17, part.;
P o r t : E. Krieg, Seidenweg 42, Langgasse, 12-1 und 6-8;

S c h a f f h a u e n : Joh. Pavelka, Poststelle Unterstadt, 12-1 und 6-8;

S ü r i c h : E. Gommeringer, Restauration „Gommerstein“, Pfalzgasse 2, Kreis 1.

Der Vorstand.

Bücherschau.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheint soeben: **Die preußische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen** von Herrmann Wendel. Die Prosopographie schildert Polen, als es noch ein selbständiges Reich war, und zeigt den Verdegang bis zu den heutigen Unterdrückungsmaßregeln, welche ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben in der Annahme des Entzugsgebotes im preußischen Abgeordnetenhaus und der Polenparaphraphen beim Reichs-Bundestag. Der Preis ist 1.20 M. Agitationsausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteur.

Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis. Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Broschüre, welche den Monographie **W. A. Schippel** zum Verfasser hat. Durch die augenblicklich in der gesamten Industrie herrschende Krise wird die Schweiz bedrohliche Interesse ergeben und jeder viel gefährdet. Der Autor setzt sich aus folgenden Kapiteln zusammen: 1. Der „Inflationsbruch“ in Amerika. 2. Deutschland bis zur amerikanischen Krise. 3. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt. 4. Schlussbemerkungen. Preis 1 M. Agitationsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

An Freien Stunden. Von der unter diesem Titel im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienenen Broschüre sind aus die Seite 34 und 35 zugegangen. Für 10 Pf. pro Woche ist diese Romantikbibliothek durch alle Parteibuchhandlungen in d. Kolporteur zu beziehen.

Neue Wehrordnung, mit dem Gesetz betreffend Erziehung des Wehrheeres, gültig ab 1. Oktober 1908, nebst Schiedsgericht, gültig ab 1. April 1908, und Wehrdienstgesetz, gültig ab 1. Januar 1909. Verlag: L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresden Straße 80. Preis 1.20 M.

Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen? Ein praktischer Ratgeber von Eduard Gräf, Arbeitsschreiber zu Frankfurt a. M. Verlag von Bruno Schmidt, Frankfurt a. M., Schuhgasse 36. Preis 10 Pf.

Adressenänderungen.

Darmstadt. B. Joh. Weigl, Kirchg. 31 II.
Konstanz. B. G. Wehrle, Markgrafenstr. 24.
Potsdam. K. J. Kähne, Gundersstr. 21, b. I.

Redaktionsschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 3. Oktober.



Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 31. Oktober 1908, in Louis Kellers Festsaal (Inhaber: Freyer), Koppengasse 29.

Feier des 19. Stiftungsfestes.

Kunst-Abend

Mitwirkende: Margherita Simonet, Soloratur-Sängerin, Tel. Ross, Violin-Virtuose aus Rom, Margarete Walzotte, Herr Otto Wiener, Dialettdichtungsregistrator, Männergesangsverein „Vorwärts“ (M. d. A. S. V.). Am Flügel: Herr Bernhard Ritsche. Rauchen nicht gestattet. Während der Aufführungen werden Getränke nicht serviert.

Nach Beendigung des Programms Tanz - - Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.

Programm frei. Billets sind im Bureau und bei den Werkstattvertrauensleuten erhältlich.

Zahlreiches Etchenen erwartet.

Das Komitee.

Erläuterung!

Die von mir am 18. Juli in der öffentlichen Sattlerversammlung in der „Stala“ ausgesprochenen Verdächtigungen in bezug auf den Kollegen R. Neudorf sowie auch auf andere Mitglieder des Verbandes erkläre ich hiermit für unwahr und nehme dieselben mit Bedauern zurück.

Groß-Lübben, den 2. September 1908.

Hermann Barnosky.

Slomke's Städtebuch
Reiseführer durch Deutschland und angrenzende Länder mit Eisenbahn- und Wegeliste, 386 S., geb. 1.20 M. In allen Buchhandl. zu haben ob. geg. Einf. d. 1.40 M. b. G. Slomke, Bielefeld.

Tüchtiger Koffermacher

(Musterkoffer)

sofort für dauernde Stellung gesucht.
Gregor Hofbauer,
München, Dachauerstraße 54.

Ia. Sattlerwerkzeug! Blanchard-Paris, engl. Ahlenssen usw. in grosser Auswahl. Versand nach ausserhalb. Preisliste gratis und franko.

Sheling & Dühlmeyer, Elberfeld, Bachstr. 78. Spezialität: Ia. Sattlerwerkzeuge.

K. P. H.
Metall-Putz
stündig, bestes Erzeugnis, nicht absehend, Hochglanz erzeugend, empfehlen in Rahmen à 1, 2 1/4 und 5 Kilogramm, per Kilo 1 Mark. Proben gratis.
Kämpel & Dichti, Frankfurt a. M. Telephon 2029.

Georg Weihnachts Bierhaus, Grüner. 21.
G. Weiß-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Central-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volksbildung“.

Lehrbücher für Sattler:

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer . . . 7.50 M.
Morgenstern, Der Sattler als Buchsneider 5.00 "
Rauch, Der Wagenfabrikant . . . 9.00 "
Reinisch, Der Wagenfestsler und sein Plan 5.00 "
Reuter, Die Schule des Tapezierers . . . 7.50 "
Schäffer, R. Rauch, Handbuch f. Sattler 9.00 "
Schäffer, Buchsneider der Sattler-Arbeiten 7.50 "
zu beziehen durch:

Joh. Fassenbach, Berlin SO. 16.